

Erfolgskurs Süd

Regierungsprogramm

2001-2004

beschlossen durch den 42. Landesparteitag

27. Januar 2001

Mannheim

Mit der Kraft des Südens die Zukunft gewinnen

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger.

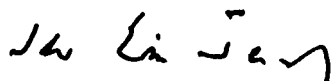
Wir in Baden-Württemberg haben viel erreicht. Und jetzt schaffen wir die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Baden-Württemberg 2010. Wir in Baden-Württemberg setzen auf die Köpfe der Menschen, ihr Verantwortungsbewusstsein und ihren Leistungswillen. Wir arbeiten dafür, unseren Spitzenplatz zu halten. Wir stehen für die Kraft des Südens.

Wir in Baden-Württemberg pflegen den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, und wir stellen uns ohne Scheuklappen den Veränderungen in der Welt. Wir blicken mit Zuversicht nach vorne. Wir stehen für eine Gesellschaft mit Herz und für Fortschritt mit Verstand.

Damit wir auf Erfolgskurs bleiben, brauchen wir Ihr Vertrauen. Deshalb bitte ich Sie am 25. März 2001 um Ihre Stimme für die Kraft des Südens, die CDU.

Mit herzlichem Gruß

Ihr

Handwritten signature in black ink, appearing to read "Helmut Kohl".

1. Unser Programm heißt: 100 Prozent Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist ein starkes Land mit Menschen voller Ideen und Chancen. Der Fleiß seiner Bürgerinnen und Bürger, ihr Einfallsreichtum und Verantwortungsbewusstsein haben unser Land in die Weltspitze der Regionen gebracht. Wir sind der starke Süden, und das soll so bleiben. Wirtschaftlicher Erfolg, sichere Arbeitsplätze und gutes menschliches Miteinander sollen auch in Zukunft Markenzeichen unseres Landes sein. Dafür arbeitet die CDU Baden-Württemberg.

Unser Programm heißt: 100 Prozent Baden-Württemberg. Wir kämpfen für die Interessen und die Zukunftschancen unseres Landes und seiner Menschen. Wir wollen ein lebenswertes Baden-Württemberg. Wir stehen für ein Land, das auch in Zukunft Maßstäbe setzt, an denen sich andere orientieren: Modern und dynamisch, weltoffen und heimatverbunden, menschlich und gerecht. Bei uns in Baden-Württemberg bleibt niemand auf der Strecke.

Wir sind die Baden-Württemberg-Partei. Die CDU identifiziert sich mit unserem Land, seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, seiner landschaftlichen Schönheit und seiner kulturellen Vielfalt. Baden-Württemberg ist stark und selbstbewusst. Wir gehen unseren eigenen Weg, weil wir damit Erfolg hatten und weiter haben werden. Wir marschieren voraus und nicht anderen hinterher. Wir leben aus eigener Kraft und hängen nicht am Tropf anderer Länder.

Die CDU hat mit ihrer Politik unser Land geprägt. Gemeinsam mit den hier lebenden Menschen ist es uns gelungen, aus einem einst armen Agrarland eine der modernsten Industrie-, Technologie- und Dienstleistungsregionen der Welt zu machen, in der das Miteinander der Menschen seinen hohen Stellenwert behalten hat. Unsere Ministerpräsidenten Gebhard Müller, Kurt-Georg Kiesinger, Hans Filbinger, Lothar Späth und Erwin Teufel haben mit guten Mannschaften und einer weitsichtigen Politik zusammen mit den Menschen unser Land weit voran gebracht. Wir sind die stärkste Region in Deutschland und Europa.

Mit Erwin Teufel haben wir einen Ministerpräsidenten, dem die Menschen vertrauen. Er steht für Zuverlässigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Weitblick, Wirklichkeitssinn

und Durchsetzungsvermögen. Auf Erwin Teufel ist Verlass: Er folgt keinen kurzfristigen Moden, sondern orientiert sich an grundlegenden Werten und den Interessen unseres Landes. Er ist der beste Anwalt für Baden-Württemberg und seine Bürgerinnen und Bürger.

Die CDU will dem Land wieder eine starke Regierung stellen. Gerade in Zeiten des rasanten Wandels in Wirtschaft und Arbeitswelt, bahnbrechender technologischer und wissenschaftlicher Neuerungen, globaler ökonomischer und ökologischer Herausforderungen kommt es darauf an, dass Politik nicht der Beliebigkeit verfällt, sondern entschlossen und mutig die Weichen auf Zukunft stellt. Mit unserem Regierungsprogramm geben wir die Richtung vor: Wir sagen, was notwendig ist - offen und ehrlich, ohne Umschweife. Wir versprechen nicht mehr, als wir halten können. Wir entwerfen ein Bild von der Zukunft Baden-Württembergs. Wir zeigen auf, wo unser Land in den kommenden Jahren stehen soll und wie wir dies erreichen wollen. Wir sagen, was wir denken, und wir tun, was wir sagen. Mit der CDU und Erwin Teufel bleibt unser Land auf Erfolgskurs.

2. Wir im Süden leben besser

In keinem Land lebt man besser als in Baden-Württemberg. Wir sind in der Lebensqualität die Nummer eins in Deutschland. Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit in Deutschland und die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Wer will, findet einen Ausbildungsplatz. In keinem Land wird mehr in Forschung und Entwicklung investiert als in Baden-Württemberg. Wir sind Weltmeister im Export. "Made in Baden-Württemberg" steht auf dem gesamten Globus für Spitzenqualität und Zuverlässigkeit. Wir sind die führende Technologieregion in Deutschland und Europa. Bei uns in Baden-Württemberg werden die besten Autos der Welt gebaut. Wir sind das Land der Talente und der Patente. Unser Bildungssystem setzt Maßstäbe. In keinem Land leben die Menschen sicherer als bei uns, denn nirgendwo in Deutschland ist die Zahl der Straftaten geringer. Wir in Baden-Württemberg stehen für den sozialen Zusammenhalt: In keinem anderen Land engagieren sich so viele Bürger ehrenamtlich wie bei uns. Dieses ehrenamtliche Engagement muss vor allem bei Jugendlichen und Kindern gestärkt und gefördert werden. Und wir sind ein kinder- und familienfreundliches Land.

Auf diesem Fundament können wir weiter bauen. Dazu wird die CDU Baden-Württemberg auch in Zukunft ihren Beitrag leisten. Wir wollen uns nicht auf dem schon Erreichten ausruhen, sondern tatkräftig dafür sorgen, dass unser Land auch in Zukunft Tabellenführer in der Liga der deutschen Länder und der europäischen Regionen ist. Wir sagen auch ganz klar: Besserwisser sind noch lange keine Bessermacher.

Politische Konkurrenten, die uns kritisieren, sollen dort, wo sie die Verantwortung tragen, erst einmal den Beweis erbringen, dass sie mit ihrer Leistungsbilanz und ihren Erfolgsaussichten mit Baden-Württemberg gleichziehen können. Die CDU Baden-Württemberg ist stolz auf das, was sie gemeinsam mit den Menschen für unser Land erreicht und geleistet hat. Wir wollen und werden auch in Zukunft die Chancen nutzen, die sich unserem Land bieten. Wir werden dafür arbeiten, dass die Menschen bei uns im Land weiterhin sagen können: Bei uns ist es besser als anderswo.

3. Zukunftswerkstatt Baden-Württemberg

Die neue "Zukunftsoffensive Junge Generation"

Am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sollen alle teilhaben können. Deshalb bekennt sich die CDU Baden-Württemberg zur Sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen auf Leistung. Wir setzen auf moderne, gut bezahlte und langfristig sichere Arbeitsplätze. Wir setzen auf sozialen Ausgleich und Solidarität mit allen im Land, die auf die Hilfe der Solidargemeinschaft angewiesen sind. Dafür brauchen wir eine starke Wirtschaft, die im weltweiten Wettbewerb des 21. Jahrhunderts eine führende Rolle einnimmt. Wir setzen auf umweltgerechtes, qualitatives Wachstum, auf Qualifikation und Wissen, gute Bildung und Ausbildung, eine moderne Infrastruktur und attraktive Investitionsbedingungen. Sozial ist nicht vor allem derjenige, der etwas verteilt, sondern derjenige, der dafür sorgt, dass es etwas zu verteilen gibt. Deshalb muss Baden-Württemberg ein wirtschaftlich starkes Land bleiben. Dazu bedarf es einer nachhaltigen, vorausschauenden und damit strategisch angelegten Wirtschafts-, Technologie- und Forschungspolitik.

Wirtschaft, Technologie, Forschung - dieser Dreiklang hat in unserem Land großes Gewicht; wir gehören in diesen Bereichen zu den stärksten Regionen der Welt. In keiner anderen europäischen Region gibt es so viele High-Tech-Arbeitsplätze wie in Baden-Württemberg. Wir sind als Exportregion in der Weltspitze, und viele baden-württembergische Unternehmen haben sich als Weltmarktführer einen Namen gemacht. Diesen Vorsprung müssen wir nutzen, halten und ausbauen. Dies ist erreichbar, weil wir in Baden-Württemberg über eine einzigartige, in den einzelnen Landesteilen insgesamt sehr ausgewogene Struktur aus mittelständischen Betrieben und großen Unternehmen, aus privater und öffentlicher Spitzenforschung, aus hoch qualifizierten Facharbeitern und Ingenieuren, weitsichtigen Unternehmern und dynamischen Existenzgründern verfügen.

Wir wissen: Es ist nicht der Staat, der die Arbeitsplätze schafft. Aber der Staat kann dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen so zu gestalten, dass diese mehr Arbeitsplätze schaffen können. Für uns ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Landespolitik, Baden-Württemberg für Investitionen von Unternehmen so interessant wie möglich zu machen. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren Landesvermögen veräußert und den Erlös daraus in wichtige Zukunftsprojekte investiert: in Bildung und Ausbildung, in Forschungs- und Technologieförderung, in die Wissenschaft und die Verbesserung der Infrastruktur. Dies hat sich - im Zusammenspiel mit den Anstrengungen unserer einheimischen Unternehmen - für das Land und die Menschen bei uns ausgezahlt: Nach wirtschaftlich schwierigen Zeiten Anfang der neunziger Jahre hat Baden-Württemberg seit einigen Jahren wieder überdurchschnittliche Wachstumsraten, einen Zuwachs an Arbeitsplätzen und wirtschaftlich hervorragende Zukunftsaussichten. Selbst unsere politischen Gegner müssen zugeben, dass Baden-Württemberg heute sehr gut dasteht.

Für uns ist das kein Grund zur Selbstzufriedenheit und erst recht kein Grund, mit unseren Anstrengungen nachzulassen. Im Gegenteil: Wir müssen und wir werden sie fortführen und mit neuen Ideen und Schwerpunkten ausfüllen. Baden-Württemberg muss auch in Zukunft vorne liegen, damit die Menschen hier gut leben können.

Mit einem Teil der Erlöse aus der Veräußerung der Landesanteile an der Energie Baden-Württemberg starten wir eine neue "Zukunftsoffensive Junge Generation" und investieren weiter in die Zukunft. Wir verkaufen Vermögen des Landes, das sich durch den Zusammenschluss von Badenwerk und EVS zur EnBW in den letzten Jahren kräftig vermehrt hat. Wir werden damit die Spitzenstellung Baden-Württembergs in zentralen Bereichen behaupten und ausbauen. Beste Bildungschancen, zukunftsgerichtete Forschung, Hochtechnologie und wirtschaftliche Innovationen sind der Schlüssel zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in Baden-Württemberg. Wir werden im Rahmen der neuen "Zukunftsoffensive Junge Generation" massiv in Bildung und Wissenschaft, Forschung und Hochtechnologie investieren. Jede Region des Landes wird von der neuen Zukunftsoffensive profitieren. Baden-Württemberg lebt von der Stärke seiner Regionen. Wir wollen jede Region in die Lage versetzen, ihr Profil weiter zu entwickeln.

Das sind die Eckpunkte unserer Zukunftsstrategie: Wir wollen Vorrang für gute Bildung. Wir wollen modernste Technik, die den Menschen nutzt. Wir setzen auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Kernbranchen und einen Branchenmix. Wir investieren massiv in Wachstumsbranchen und streben dort eine Führungsrolle an. Wir verknüpfen die Substanz der "alten" mit der Dynamik der "neuen" Ökonomie. Wir bauen die für nahezu alle Wirtschaftsbranchen wichtigen Querschnittstechnologien aus, um künftige Wachstumsfelder zu erschließen; zum Beispiel die Mess- und Regeltechnik, die Miniaturisierung, die Energieumwandlungs- und Antriebstechnologie, neue Materialien und Kleinstcomputer mit integrierter Software.

Unser Ziel ist, dass wir im Jahr 2010 in fünf Schlüsselbereichen bei den absoluten Weltmarktführern sind: Im Automobilbau, im Maschinenbau und der Produktionstechnik, in Medizintechnik und Lebenswissenschaften, in den optischen Technologien, in der Informatik und Unternehmenssoftware. Die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts wird sich nicht mehr in überkommenen Kategorien wie der Einteilung in Industrie- und Dienstleistungssektor charakterisieren lassen. Deshalb gehen wir einen neuen Weg und verbinden die Stärken der einzelnen Branchen zu einer zukunftsfähigen Einheit und einem unverwechselbaren "Baden-Württemberg-Profil". Fortschritt mit Menschen für Menschen - das ist unser Leitmotiv.

Für die neue "Zukunftsoffensive Junge Generation" werden wir mehr als 3 Milliarden DM zur Verfügung stellen, von denen 2 Milliarden DM auf Dauer als Grundkapital in der neuen „Landesstiftung Baden-Württemberg“ angelegt werden. Wir erhalten so unser Vermögen und können jedes Jahr die Erträge nutzen und in Zukunftsprojekte investieren. Die Nachhaltigkeit ist für uns das entscheidende Prinzip. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, besondere Schwerpunkte in Bildung und Forschung zu setzen und im Rahmen der Landesstiftung Mittel bereit zu stellen, mit denen unabhängig vom Landeshaushalt strategisch wichtige Vorhaben flexibel unterstützt werden können.

Informationsgesellschaft für alle

Die Informationsgesellschaft der Zukunft bietet auch für unser Land und für die hier wohnenden Menschen neue Chancen. Sie ergeben sich aus dem Zusammenwachsen und der Verknüpfung von Informationstechnologie, Telekommunikation, Softwareentwicklung, Multimedia, Filmkultur und klassischen Medien. Wir wollen sie entschlossen nutzen. Für uns ist die Informationsgesellschaft nicht nur für Technikbegeisterte und Internet-Freaks, sondern für alle da.

Wir wollen noch bestehende Berührungsängste gegenüber den neuen Medien abbauen helfen, weil der Umgang mit ihnen immer mehr zur Selbstverständlichkeit wird. Wer den Umgang mit dem Computer nicht beherrscht, läuft Gefahr, zum Analphabeten von morgen zu werden. Wir aber wollen keine geteilte Gesellschaft. Wir wollen eine Gesellschaft, in der es in Zukunft nicht mehr möglich ist, Menschen unter Hinweis auf ihr Alter von Beschäftigungsmöglichkeiten auszuschließen. Jeder Baden-Württemberger und jede Baden-Württembergerin soll - auch deshalb - die Möglichkeit erhalten, einen "Internet-Führerschein" zu erwerben. Niemand ist zu alt oder zu jung für eine Teilnahme. Wir fördern Motivation und Mitmachen und räumen der Weiterbildung einen hohen Stellenwert ein.

Fort- und Weiterbildungskurse in staatlichen Einrichtungen und privaten Unternehmen müssen weiter verstärkt auf den Umgang mit neuen Medien hin angelegt werden. Baden-Württemberg muss Internet-Land sein. Wir setzen uns dafür

ein, dass alle Menschen im Land in erreichbarer Nähe einen direkten Zugang zum Internet nutzen können. Wir schlagen vor, eine Wissensplattform im Internet zu entwickeln, die Dokumente und Daten aus Wissenschaft und Wirtschaft anbietet. So wird Lernen online ermöglicht.

Mit neuen und bedarfsgerechten Ausbildungs- und Studiengängen wollen wir unseren Spitzenplatz als Medienausbildungsland festigen. Unsere hoch angesehenen Einrichtungen wie das Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe und die Filmakademie in Ludwigsburg sowie die neue Hochschule für Medien in Stuttgart werden wir im Rahmen der neuen "Zukunftsoffensive Junge Generation" weiter ausbauen. Die Medien- und Filmgesellschaft des Landes wollen wir gemeinsam mit ihren Finanzierungspartnern weiter stärken und das internationale Standort-Marketing sowie die Ansiedlungsförderung im Bereich der Medien und Informationstechnologien (IT) zusätzlich verbessern.

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich für eine gezielte Förderung der Medien- und IT-Wirtschaft ein. Wir wollen branchenbezogen Anreize für neue Ansiedlungen und für neue Arbeitsplätze in den schon angesiedelten Unternehmen schaffen. Mit der Gründung der virtuellen "E-Business Community Baden-Württemberg" wollen wir die Nutzung der neuen Medien und des Internets in der mittelständischen Wirtschaft stimulieren und fördern. Zusätzlich zu den vorhandenen Software- und Technologiezentren streben wir weitere Gründungszentren für die Unternehmen der "neuen" Wirtschaft an. Wir werden die Technologiebetreuungscentren und Teleservicecenter im ganzen Land vernetzen. Unser Ziel ist es, in allen Regionen Baden-Württembergs einfach zu erreichende Kompetenzzentren für Multimedia und E-Business zu schaffen.

4. Aufbruch in die lernende Gesellschaft

Wir investieren in die Köpfe der Menschen

Zukunftschancen kann man machen: eine gute Bildung und gute Ausbildung sind dafür heute wichtiger als jemals zuvor. Das weltweit vorhandene Wissen verdoppelt sich alle fünf Jahre, und es ist mit den modernen Kommunikationsmitteln für immer mehr Menschen immer schneller zugänglich. Gerade ein rohstoffarmes Land wie

Baden-Württemberg ist auf Spitzenqualität in Bildung und Ausbildung angewiesen. Unser zukünftiger wirtschaftlicher Erfolg und die Gewährleistung der sozialen Sicherheit hängen ganz entscheidend von der schulischen und beruflichen Qualifikation der Menschen hier im Land ab. Bildung und Qualifikation sind mehr denn je alles andere als Luxus, sondern grundlegende Investitionen in die Zukunft. Für die CDU Baden-Württemberg ist Bildung deshalb das Top-Thema der kommenden Jahre. Wir investieren in die Köpfe der Menschen, in ihre Zukunftschancen und damit in die Sicherung der Leistungsfähigkeit unseres Landes.

An unseren Schulen und Hochschulen entscheidet sich schon heute, wo wir morgen stehen werden. Deshalb wollen wir ein Bildungssystem, das Leistung fördert und unterschiedlichen persönlichen Bedürfnissen und Begabungen gerecht wird: nicht allen dasselbe, sondern jedem das seine. Wir wollen unsere Kinder nicht nur auf Leistung trimmen. Wir spielen Elitebildung und Breitenbildung nicht gegeneinander aus.

Wir wollen jeden nach seinen Möglichkeiten fördern und fordern. Deshalb halten wir am bewährten gegliederten Schulsystem mit Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Sonderschulen fest. In unserem pluralen Schulwesen haben auch Schulen in freier Trägerschaft einen wichtigen Platz. Gesamtschulexperimente auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer wird es mit uns nicht geben.

Unsere vielfältige Hochschullandschaft mit Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Berufsakademien sowie Kunst- und Musikhochschulen wollen wir erhalten und weiter entwickeln. Vielfalt ist unsere Stärke; sie sichert Wahlmöglichkeiten und Bildungschancen überall in unserem Land. Wir wollen Bildungseinrichtungen, die auf das Leben vorbereiten und die Grundlagen für lebenslanges Lernen schaffen. Bildung und Weiterbildung gehen nicht mehr nur junge Menschen an; sie sind in einer modernen Wissensgesellschaft Lebensaufgabe für alle. Unser Leitbild ist die lernende Gesellschaft.

Gute Schulen für gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler

Die Sicherung der Unterrichtsversorgung an unseren Schulen ist für die CDU Baden-Württemberg eine Aufgabe mit höchster Priorität. Wir arbeiten auch in Zukunft für eine gute Unterrichtsversorgung. Freiwerdende Lehrerstellen werden weiterhin in vollem Umfang wieder besetzt. Für die kommende Legislaturperiode schaffen wir 5.500 neue Lehrerstellen. Die Lehrerkollegien im Land werden sich wieder deutlich verjüngen; Absolventen von Lehramtsstudiengängen werden gute Einstellungschancen haben. Wir fördern den Schulhausbau auch in Zukunft, damit das Raumangebot an unseren Schulen bedarfsgerecht erweitert und der Unterricht in einem attraktiven Umfeld stattfinden kann.

Wir verstehen Schulpolitik auch als Beitrag zur besseren Vereinbarung von Aufgaben in Familie und Beruf. Deshalb haben wir die verlässliche Grundschule auf den Weg gebracht. Wir wollen Eltern ihre Erziehungsaufgaben nicht abnehmen, aber ihnen dabei helfen, dass sie diesen Aufgaben gerecht werden können. Deshalb wollen wir ganztägige Lehr- und Betreuungsangebote an den Schulen weiter ausbauen und dabei Elterninitiativen mit einbeziehen. Wir werden die Befristung der Schulsozialarbeit und ein stärkeres finanzielles Engagement überprüfen.

Auch die inhaltliche Gestaltung des Schulunterrichts ist für die Berufschancen junger Menschen wichtig. Sie muss den Anforderungen der Arbeitswelt von heute und morgen Rechnung tragen, damit Schulabgängerinnen und -abgängern eine möglichst breite Palette von Wahlmöglichkeiten offen steht. Deshalb werden wir den flächendeckenden Unterricht in einer Fremdsprache an den Grundschulen ab der ersten Klasse in zwei Schritten bis zum Schuljahr 2003 verwirklichen; Baden-Württemberg wird das erste Land sein, in dem alle Schüler, die einen Abschluss erwerben, mindestens neun Jahre in Fremdsprachen ausgebildet sein werden.

Neben Sprachkenntnissen entscheiden vor allem gute Kenntnisse in naturwissenschaftlich-technischen Fächern über die Zukunftschancen junger Menschen. Diese sind wegen des bestehenden Ingenieurmangels besonders gut. Im Zuge der Weiterentwicklung der gymnasialen Bildungspläne wollen wir auch den naturwissenschaftlich-technischen Bereich mit einem Profulfach stärken.

Die Technik muss den Menschen dienen. Das geht in einer zunehmend technisierten Welt nur, wenn die Menschen die Technik begreifen und verantwortungsvoll nutzen können. Unsere Bildungspolitik trägt dazu bei.

Mit der Fortsetzung der "Medienoffensive Schule" wollen wir erreichen, dass sich Schülerinnen und Schüler die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse im Umgang mit den modernen Kommunikationsmitteln aneignen können. Junge Menschen sollen die Neuen Medien beherrschen und nicht umgekehrt. Wir werden im Rahmen der neuen "Zukunftsoffensive Junge Generation" in den kommenden fünf Jahren die Mittel für die Neuen Medien an der Schule ausweiten, die Lehreraus- und -fortbildung in diesem Bereich verstärken und noch mehr in Inhalte, in Lernsoftware investieren. Den Zugang der Schülerinnen und Schüler zu modernen Computern und zum Internet wollen wir in Zusammenarbeit mit den Schulträgern weiter verbessern, auch was die Finanzierung anbelangt. Unser Ziel ist es, daß Baden-Württemberg das erste Bundesland sein wird, in dem der Laptop für jeden Schüler spätestens ab Klasse 9 eingeführt wird. Auch der verstärkten Vermittlung von Grundkenntnissen wirtschaftlicher Zusammenhänge wollen wir unsere Aufmerksamkeit widmen.

Den musisch-künstlerischen Unterricht werden wir weiterhin gleichrangig behandeln und den Religionsunterricht an unseren Schulen selbstverständlich beibehalten. Wir messen der Zusammenarbeit der Schulen mit Vereinen, insbesondere Sport- und Musikvereinen, hohe Bedeutung bei; wir wollen sie fortsetzen und wo immer möglich und sinnvoll erweitern. Um den Sportunterricht der Zeit anzupassen, beabsichtigen wir neue und somit aktuelle Sportinhalte und –arten einzuführen. Hierbei sollen die Schüler auch über biochemische Prozesse, Anatomie und gesunde Bewegungsabläufe informiert werden, denn Ziel des Sportunterrichts ist, die Gesundheit der Schüler zu fördern und nicht zu schädigen. (Rückengymnastik, Kraft-Ausdauer, Selbstverteidigung, Autogenes Training...). Ehrenamtliches Engagement und soziale Kompetenz von Schülerinnen und Schülern sollen in Schule und Ausbildung besonders gewürdigt werden. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass an unseren Schulen die grundlegenden Werte des menschlichen Zusammenlebens vermittelt werden.

Informationen sind noch nicht Wissen, und Wissen ist noch nicht Bildung. Es bedarf der Aneignung, Verarbeitung, Orientierung, Bewertung, Erziehung. Deshalb brauchen wir weiter den Menschen, den Einzelnen, der sich anstrengt, den Lehrer, den Ausbilder und den Jugendleiter als Vorbild. Ihrer Leistung zollen wir Respekt.

Uns liegen alle Schularten gleichermaßen am Herzen. Wir spielen keine Schulart gegen die andere aus, denn sie müssen zum Wohl der Schülerinnen und Schüler zusammenarbeiten und flexible Übergänge gewährleisten. Haupt- und Realschulen müssen jungen Menschen die Grundlagen für gute Startchancen in die berufliche Bildung vermitteln, Gymnasien die Basis für ein erfolgreiches Studium legen. Spätestens ab dem Schuljahr 2004/2005 wird in Baden-Württemberg das Abitur nach 12 Jahren abgelegt werden.

Wir halten fest am bewährten dualen System in der beruflichen Bildung. Es soll in den kommenden Jahren noch attraktiver gemacht werden. Dazu bedarf es der weiteren Entwicklung neuer Berufsbilder und der qualitativen und finanziellen Aufwertung des Berufsbildes des Berufsschullehrers, damit Auszubildende ihre beruflichen Chancen in neuen Tätigkeitsfeldern wahrnehmen können. Wir werden den Ausbau der Klassen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie weiter fördern und die Gewinnung der notwendigen Lehrkräfte vorantreiben. Wir treten dafür ein, dass berufliche Abschlüsse künftig auch in mehreren Stufen erreicht werden können. Mit den in Baden-Württemberg eingesetzten Jugendberufshelfern tragen wir dazu bei, dass vorwiegend praktisch begabte Schulabgängerinnen und -abgänger einen besseren Zugang in den Arbeitsmarkt bekommen können. Daran wollen wir festhalten. Wir lassen die Schwächeren und Benachteiligten nicht hängen.

Moderne und leistungsfähige Hochschulen

Baden-Württemberg ist das Pionierland der Hochschulreformen. Wir haben die bundesweit höchste Dichte an Hochschulen. Der Leistungsstandard unserer Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Kunst- und Musikhochschulen sowie Berufsakademien ist anerkanntermaßen gut. Wir werden ihn weiter ausbauen, damit Studentinnen und Studenten in Baden-Württemberg

beste Chancen auf den Arbeitsmärkten von morgen haben. Hierfür werden wir einen Gutteil der Mittel aus der neuen "Zukunftsoffensive Junge Generation" einsetzen.

Wir befürworten im Interesse der Studierenden und Lehrenden den Wettbewerb der Hochschulen und bereiten unsere Hochschulen darauf vor. Mit neuen Leitungsstrukturen und mehr eigenen Entscheidungsrechten haben wir unsere Hochschulen gestärkt. In Zukunft wird es darauf ankommen, dass die Hochschulen ihre neuen Möglichkeiten nutzen und darüber hinaus insbesondere ihre finanziellen Mittel wirksam und sparsam einsetzen. Hierzu werden wir die notwendigen Steuerungsinstrumente, bis hin zur kaufmännischen Buchführung, einführen und erproben lassen. Mit Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den einzelnen Hochschulen werden wir sicherstellen, dass die Studienangebote regional und fächerbezogen ausgewogen sind und an den einzelnen Hochschulen besondere wissenschaftliche Schwerpunkte geschaffen werden.

Wir werden unsere Hochschulen weltweit noch besser bekannt machen, um noch mehr hoch qualifizierte ausländische Studentinnen und Studenten für ein Studium in Baden-Württemberg zu gewinnen. Wir treten dafür ein, mehr Studentinnen und Studenten aus Baden-Württemberg durch Stipendien einen Studienaufenthalt im Ausland zu ermöglichen, damit sie sich zusätzliche Qualifikationen und Chancen für eine lukrative Arbeitsstelle erwerben können. Um den baden-württembergischen Schulabgängern die Chancen auf einen Studienplatz im Ausland zu verbessern, wird das Land auf freiwilliger Basis einen Standardtest (TOEFL o.ä.) in allen Abschlussklassen an Gymnasien ermöglichen.

Wir bauen im Land eine Evaluierungsagentur auf, die den Leistungsstand der einzelnen Hochschulen im Bereich der Lehre ermittelt und Vergleiche möglich macht. Die damit geschaffene Transparenz wird dazu führen, dass sich die Anstrengungen der Hochschulen zur Verbesserung der Lehre und der Lehrbedingungen verstärken werden. Wir fordern die anderen Länder auf, diesem Beispiel zu folgen, damit ein bundesweiter Vergleich der Leistungsfähigkeit der Hochschulen in der Lehre möglich wird. Nicht nur die Leistungen der Studierenden, sondern auch die Leistungen der Lehrenden verdienen eine Bewertung und sollen bei deren Vergütung stärker berücksichtigt werden.

Die Einführung von Gebühren für Langzeitstudenten ab dem 14. Semester hat zu einer spürbaren Entlastung der baden-württembergischen Hochschulen geführt. So ging die Zahl der Studierenden im 14. und höheren Hochschulsemester zwischen Wintersemester 1997/87 und 1999/00 von 34.200 auf knapp 21.000 zurück (- 39%). Besonders stark war der Rückgang an den Universitäten (-42%). Im Interesse der nachkommenden Bewerberinnen und Bewerber um einen Studienplatz halten wir an den Langzeitstudiengebühren fest. Die bestehenden "Freischuss"-Regelungen wollen wir ausweiten, damit noch mehr Studentinnen und Studenten die Möglichkeit haben, ihr Studium schnell abzuschließen und ohne prüfzeitenbedingte Verzögerungen in das Erwerbsleben einzutreten. Allgemeines Ziel muss es sein, dass ein Studium in der Regel im Alter von 25 Jahren abgeschlossen ist.

Unser seit langen Jahren verfolgtes Konzept, die Angebote der Hochschulen stärker auf die Notwendigkeiten des Arbeitsmarkts und damit die Berufs-, Einkommens- und Lebenschancen der Studierenden hin zu orientieren, hat sich als richtig erwiesen. Wir werden auch in Zukunft daran festhalten. Ein Schwerpunkt werden dabei die Bereiche Informatik und Neue Medien sein. Mit einem 222-Millionen-Programm werden wir ausgehend von einem schon hohen Niveau und in kürzester Zeit über 40 Prozent mehr Plätze für Studienanfänger im IT-Bereich an unseren Hochschulen und Berufsakademien schaffen. Das Programm Virtuelle Hochschule mit seinen multimedialen Ausbildungsformen werden wir weiterführen und Zug um Zug in den verschiedenen Ausbildungsbereichen und Studiengängen verankern.

Die in den kommenden Jahren noch zunehmenden Schülerzahlen werden mittelfristig auch zu einer höheren Zahl an Bewerberinnen und Bewerbern um einen Studienplatz führen. Deshalb ist eine vorausschauende Politik notwendig, die sich auf diese Gegebenheit einstellt. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um den Studentinnen und Studenten der Zukunft sowie auch dem Lehrpersonal an unseren Hochschulen attraktive Bedingungen für Studium, Forschung und Lehre zu gewährleisten. Wir werden die Hochschulen diesem Ziel gemäß weiter ausbauen.

5. Für einen starken Mittelstand und mutige Existenzgründer: Die Kleinen sind für uns die Größten

Die CDU Baden-Württemberg versteht sich als Partner der Wirtschaft. Wir werden vor allem den Mittelstand, das Handwerk und die Freien Berufe auch künftig nach Kräften fördern und unterstützen, denn sie sind das Rückgrat unserer heimischen Wirtschaft, der Garant für sichere Arbeitsplätze und ein hervorragendes Angebot an Ausbildungsplätzen für die junge Generation.

Die Wirtschaft eines Landes ist nur so stark wie die Unternehmen, die sie ausmachen. Deshalb werden wir im Rahmen der neuen "Zukunftsoffensive Junge Generation" weitere Maßnahmen einleiten, die die Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft, insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen, weiter verbessern. Einen besonderen Schwerpunkt legen wir dabei auf die Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten und die weitere Verbesserung der beruflichen Qualifizierung.

Wir setzen uns für die weitere Förderung von gemeinsamen Verbundforschungsprojekten der mittelständischen Unternehmen mit unseren Forschungseinrichtungen und die Weiterentwicklung des C1-Programms zur Förderung mittelständischer Innovationen ein. In den kommenden Jahren werden im Land in vielen mittelständischen Unternehmen Betriebsübernahmen anstehen; hierauf werden wir ein besonderes Augenmerk legen. Mit Vertretern aus Mittelstand, Handwerk und Freien Berufen werden wir Gespräche darüber führen, wie ein qualifiziertes Koordinierungs- und Beratungsangebot geschaffen werden kann, um Betriebsübernahmen zu ermöglichen und zu erleichtern und damit in den betroffenen Betrieben bestehende Arbeitsplätze zu sichern. Unser Existenzgründungsprogramm gilt auch für Betriebsübernahmen.

Die Nachwuchssicherung für den Mittelstand ist eine Aufgabe von entscheidender Bedeutung. Deshalb setzen wir uns für gute Berufsschulen und ein besseres Meister-Bafög ein. Wir werben für die technischen und handwerklichen Berufe und unterstützen die Arbeit der Kammern. Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab, da sie nicht mehr Ausbildungsplätze, sondern nur mehr Bürokratie bringen würde. Der Meisterbrief bleibt für uns der Nachweis besonderen Könnens und

hervorragender beruflicher Qualifikation; wir halten deshalb am Großen Befähigungsnachweis im Interesse der Kunden fest.

Die CDU Baden-Württemberg schlägt einen landesweiten Wettbewerb für die den Mittelstand unterstützenden Einrichtungen um die besten Beratungs- und Innovationskonzepte vor. Wir wollen die Konzepte auszeichnen und nach vorne bringen, die am besten geeignet sind, um die mittelständischen Unternehmen im Land zu fördern. Die Vorschläge der Enquete-Kommission Mittelstand werden wir sorgfältig prüfen und im Rahmen des Machbaren umsetzen.

Wir setzen uns weiter für den Abbau von bürokratischen Hemmnissen ein, die insbesondere mittelständischen Unternehmen belasten und beeinträchtigen. Zahlreiche Erfolge in der Entbürokratisierung konnten in den letzten Jahren in Baden-Württemberg schon erzielt werden: Vorschriftenabbau, Aussetzung von Standards und Verkürzung von Genehmigungsfristen sind wichtige Schritte auf einem richtigen Weg zu mehr Bürgernähe und schnelleren Verfahren in der Verwaltung. Weitere müssen folgen, auch auf Bundesebene.

Wir sind für die Rücknahme der unsinnigen 630-DM-Regelung, die keine soziale Sicherheit schafft, sondern die betroffenen Menschen um ein verdientes kleines Zubrot und die mittelständische Wirtschaft um flexible Beschäftigungsmöglichkeiten bringt. Die bisherige Möglichkeit, befristete Arbeitsverhältnisse einzugehen, muss erhalten bleiben, denn sie schafft Einstellungschancen und ermöglicht den Betrieben eine gezieltere Personalplanung.

Mit aller Entschiedenheit wendet sich die baden-württembergische CDU gegen die Benachteiligungen der mittelständischen Unternehmen infolge der Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung. Geordneter, fairer Wettbewerb setzt Chancengleichheit voraus. Wir treten deshalb mit Nachdruck dafür ein, dass Einkünfte unabhängig von der Rechtsform der Unternehmen in gleicher Höhe besteuert werden und Personengesellschaften nicht schlechter gestellt sind als Kapitalgesellschaften. Die Verschlechterung bei der Besteuerung von Unternehmensveräußerungen lehnen wir ebenso ab wie die Erhöhung der Erbschaftssteuer bei Unternehmensübergaben.

Dies gilt ebenso für die von der Bundesregierung beabsichtigte Verlängerung von Abschreibungsfristen.

Baden-Württemberg braucht den Mittelstand, deshalb sind wir Gründerland. Wir helfen jungen Unternehmen und angehenden Existenzgründern, weil sie Arbeitsplätze schaffen. Wir werden im Land ein Internet-Portal mit Zugang zu allen im Land vorhandenen Beratungs- und Finanzierungsangeboten sowie Diskussionsforen aufbauen. Wirtschaftlich umsetzbare Forschungsergebnisse unserer Hochschulen sollen zielgerichtet ermittelt, durch die Hochschulen patentiert und in einem Pool gesammelt werden. Wir treten für finanzielle Anreize für Hochschulen und Forscher ein, um Unternehmensgründungen, insbesondere Ausgründungen aus Hochschulen, schneller voranzubringen und das Engagement privater Gründungskapitalfonds an den Hochschulen und in ihrem Umfeld zu verstärken.

Wir werden die Anstrengungen des Landes zur Ansiedlung neuer Unternehmen weiter verstärken und aktive Ansiedlungsinstrumente wie die direkte Unternehmensansprache durch die Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (GWZ) intensiver einsetzen. Für Wirtschaftsförderer in den Kommunen, Kreisen und Regionen des Landes wollen wir landesweit Schulungen anbieten, in denen gezielt spezifisches und unternehmensbezogenes Wissen professionell vermittelt werden soll. Im Vordergrund müssen dabei Kenntnisse über die Ansiedlung von Unternehmen und deren Bindungen an Standorte in Baden-Württemberg, die Stärkung des Auftrittes baden-württembergischer Unternehmen außerhalb unseres Landes, über die Anforderungen für baden-württembergische Unternehmen bei der Ausweitung des Geschäftsfeldes über die Grenzen unseres Landes hinaus und insbesondere Kenntnisse über die Voraussetzung zur Erlangung von Fördermitteln der Europäischen Union stehen. Die bisher stark regional geprägte Struktur der Wirtschaftsförderung muss durch eine stärkere Branchenorientierung auf überregionaler Ebene ergänzt werden. Wir werden die Wirtschaftsverwaltung im Land auf die neuen Herausforderungen ausrichten und die notwendigen Maßnahmen zur Modernisierung auf den Weg bringen.

Als Schnittstelle zwischen universitärer Forschung und wirtschaftlicher Produktion setzen wir vermehrt auf die flächendeckende Errichtung von Technologiezentren.

Die Neue Landesmesse werden wir zur Baureife führen und alles daran setzen, ihren Bau bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode abzuschließen. Sie ist für die Wirtschaft des gesamten Landes von außerordentlich hoher Bedeutung und die Visitenkarte ganz Baden-Württembergs in den welt- und europaweit tätigen Unternehmen. Wir wollen die einmalige Chance nutzen, eine Messe zu verwirklichen, die unmittelbar an alle schnellen Verkehrsmittel - ICE, Flugzeug, Autobahn - angebunden ist. Wir engagieren uns auch für die weitere Förderung regionaler Messen.

6. Wir kämpfen für die Interessen unseres Landes und seiner Bürger

Sparen und entlasten

Die CDU Baden-Württemberg steht für einen soliden und sparsamen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler. Wir haben pro Einwohner die zweitniedrigste Verschuldung aller westdeutschen Länder. Seit 1991 haben wir im Landeshaushalt rund 29 Milliarden DM eingespart. Das Institut der deutschen Wirtschaft bescheinigt unserem Land: "Die beste Finanzpolitik unter allen Bundesländern macht Baden-Württemberg". Wir werden den Sparkurs der vergangenen Jahre weiterführen, weil es dazu keine vernünftige Alternative gibt. Wir werden bei den Ländern sein, die in den nächsten Jahren die Neuverschuldung am stärksten abbauen. Zum Ende der neuen Legislaturperiode werden wir einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen. Dieses Ziel ist erreichbar, wenn der Bund den Ländern keine weiteren finanziellen Belastungen aufbürdet.

Die Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben hat unter der rot-grünen Bundesregierung einen neuen Rekordstand erreicht. Brutto und Netto liegen für die Arbeitnehmer immer mehr auseinander. Schon deshalb kommt die Steuerreform zu spät; sie greift zu kurz und verschiebt Entlastungen, die noch dazu insgesamt nicht ausreichen, bis in das Jahr 2005. Unser ohnehin zu kompliziertes Steuersystem wird durch die Steuerreform noch komplizierter gemacht. Wir setzen uns dafür ein, dass das Steuersystem entscheidend vereinfacht wird. Die CDU Baden-Württemberg fordert eine stärkere Entlastung. Niedrigere Steuersätze und dafür weniger Ausnahmeregelungen helfen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und führen zu

mehr Durchschaubarkeit und damit zu mehr Akzeptanz bei den Bürgern. Einnahmeausfälle infolge solcher Lohn- und Einkommensteuerentlastungen nehmen wir in Kauf, denn sie finanzieren sich durch ihre positiven wirtschaftlichen Auswirkungen auf Dauer selbst.

Gerechtigkeit für Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Das soll es auch bleiben. Weil wir stark sind, sind wir auch bereit, anderen zu helfen. Als Partei der deutschen Einheit steht die CDU zur Solidarität mit den neuen Ländern. Wir sind für einen fairen Länderfinanzausgleich, aber wir wollen nicht, dass die Steuerzahler aus Baden-Württemberg ausgenommen werden. Sie sind nicht die Zahlmeister der Nation.

Wir wollen gerechte Regelungen im Länderfinanzausgleich. Deshalb dürfen nach den drei Ausgleichssystemen die Zahlerländer nicht schlechter stehen, als die Empfängerländer. Sie dürfen nicht mehr Geld pro Einwohner ausgeben können als die finanzstärksten, die in den Länderfinanzausgleich einzahlen. Wir kämpfen für eine Neuregelung, die zu einer spürbaren Entlastung unseres Landes führt.

Auch in der Kranken- und Pflegeversicherung leisten die Beitragszahler aus Baden-Württemberg jährlich Zahlungen in Milliardenhöhe in die Kranken- und Pflegekassen in anderen Ländern. Dies führt zu Zusatzbelastungen der baden-württembergischen Beitragszahler. Wir setzen uns mit allem Nachdruck dafür ein, die große Benachteiligung der Beitragszahler in unserem Land abzustellen. Solidarität ja - aber nicht so, dass die Helfenden am Ende schlechter gestellt sind als die, denen geholfen wird. Die CDU Baden-Württemberg fordert die Ersetzung des Finanzausgleichs im Bund durch einen länderinternen Finanzausgleich, damit über einen föderalen Wettbewerb bundesweit Anreize für ein kostenbewussteres Ausgabeverhalten geschaffen werden können.

Wir fordern vom Bund, einen angemessenen Teil der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen an die Länder zu geben, damit auch die Länder Schulden tilgen können. Es ist ungerecht und verfassungsrechtlich höchst fragwürdig, die Einnahmen

gänzlich für den Bundeshaushalt zu vereinnahmen, die daraus entstehenden Steuerausfälle aber zur Hälfte den Ländern und den Kommunen aufzubürden.

Die CDU Baden-Württemberg tritt für eine grundlegende Reform des Föderalismus ein. Es muss für die Bürger wieder klarer erkennbar sein, welche politische Ebene von den Gemeinden über die Kreise und das Land bis hin zum Bund und der Europäischen Union die Verantwortung für einzelne politische Entscheidungen trägt. Eine klare Teilung und Abgrenzung von Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen den einzelnen Ebenen nach dem Subsidiaritätsprinzip ist notwendig. Zu viele Entscheidungsbefugnisse sind in den letzten Jahren auf den Bund oder die Europäische Union übergegangen. Die Reform des Föderalismus muss die Stellung der Länder stärken. Mischfinanzierungen sind soweit wie möglich abzuschaffen; sie führen in der Regel lediglich zu mehr Bürokratie und mehr Entscheidungswirrwarr, die die Bürger nicht mehr übersehen. Dafür sollen die Länder mehr finanz- und steuerpolitische Eigenständigkeit erhalten. Länder wie Baden-Württemberg, die mit den Mitteln ihrer Steuerzahler sparsamer und sorgsamer umgehen als andere, bekämen so die Möglichkeit, ihren Bürgern einen Teil dessen, was sie durch ihre Arbeit erwirtschaften, wieder zurückzugeben.

Wir in Baden-Württemberg haben es mit der bisher einzigen Neugliederung der Länder anderen vorgemacht, dass ein Zusammenschluss benachbarter Partner von gegenseitigem Vorteil ist, weil Kosten für Bürokratie, Verwaltung und politische Führung eingespart und wichtige Infrastrukturprojekte kostengünstiger verwirklicht werden können. Deshalb haben wir auch wichtige Zusammenschlüsse zustande gebracht und eine leistungsfähige Landesbank, eine starkte Rundfunkanstalt und ein wettbewerbsfähiges Energieunternehmen geschaffen. Sie haben unser Land insgesamt stärker gemacht. Diesen Weg werden wir auch in Zukunft beschreiten, weil er dem Land Vorteile bringt. Andere Länder sollten diesem Beispiel folgen.

Die CDU Baden-Württemberg versteht sich als Sachwalter und Vertreter der hier lebenden Menschen, auch gegenüber dem Bund und der Europäischen Union. Wir setzen nicht auf Konfrontation, sondern auf Gespräche und Verhandlungen. Aber wir lassen uns nicht mundtot machen, denn Baden-Württembergs Bürgerinnen und Bürger sind nicht nur zum Zahlen für andere da. Die Menschen in Baden-

Württemberg brauchen eine Vertretung, die in Berlin und Brüssel kompetent und klar vorträgt, was im Interesse unseres Landes und seiner Bürger ist.

7. Bürger schützen, Verbrechen bekämpfen

Die Wahrung von Recht und Gesetz sichert die Freiheit und die Lebenschancen der Menschen. Ohne innere Sicherheit gibt es keine Lebensqualität, können Menschen sich nicht entfalten, bleibt die persönliche Freiheit ein leeres Versprechen. Das Recht ist die Haus- und Friedensordnung jeder Gesellschaft. Wer die Rechtsordnung verletzt, untergräbt den inneren Frieden und muss konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Die Menschen in Baden-Württemberg sollen sich auf unseren Straßen und Plätzen sicher und zu Hause fühlen. Kriminelle müssen mit Nachdruck verfolgt, gestellt und schnell verurteilt werden. Die Rechte der Bürger und insbesondere der Opfer von Verbrechen haben Vorrang vor möglichen Erleichterungen für überführte Straftäter. Die CDU Baden-Württemberg steht an der Seite unserer Polizei und besteht auf der konsequenten Wahrung von Recht und Gesetz.

Die Bekämpfung von Verbrechen dient dem Schutz der Menschen und der Sicherung ihrer Freiheit. Deshalb brauchen wir eine gut ausgestattete Polizei mit hochqualifizierten Polizistinnen und Polizisten, die diese Aufgabe gut erfüllen und den sich ständig wandelnden Anforderungen an die Wahrung der Inneren Sicherheit gerecht werden können. Unsere baden-württembergische Polizei soll die beste in Deutschland sein. Der Ausstattung der Polizei mit den modernsten Mitteln der Technik und einer kontinuierlichen Fortbildung der Polizeibeamten misst die CDU Baden-Württemberg dabei einen herausragenden Stellenwert bei. Mit dem Technikzukunftsprogramm Polizei sorgen wir dafür. Mit einer neuen Organisation und mit lageangepassten Einsatzkonzepten stellen wir sicher, dass die Polizei präsent und für den Bürger da ist, wenn er sie braucht. Die kommunale Kriminalprävention werden wir in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden fortsetzen und ausbauen; für die Prävention im Jugendbereich werden wir zusätzlich Gelder aus der neuen "Zukunftsoffensive Junge Generation" bereitstellen. Wir wollen verhindern, dass junge Menschen in die Kriminalität abdriften und sich ihr Leben verbauen.

Wir werden eine Offensive gegen die zunehmende Computerkriminalität in die Wege leiten. Dazu gehören die gezielte Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten auf allen Ebenen, die Gewinnung von EDV-Spezialisten durch die Schaffung attraktiverer Beschäftigungsbedingungen, die systematische Auswertung des Internet auf strafbare Inhalte durch eine "virtuelle Streife" sowie die Verstärkung der Vorbeugung und der Beratung gegen Computerkriminalität.

Ein besonderes Augenmerk werden wir auch künftig auf die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität legen; die Konzepte und rechtlichen Möglichkeiten zu ihrer Bekämpfung müssen ausgebaut werden. Dazu gehören die Intensivierung der aktiven Erkenntnisgewinnung genauso wie die Unterstützung der Schaffung eines Gesetzes zum Schutz gefährdeter Zeugen, die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung sowie die verbesserte Bekämpfung der Geldwäsche zum Beispiel durch eine Aufklärungspflicht des Beschuldigten zur Herkunft verdächtigen Geldes. Die Polizei in Baden-Württemberg hat bei der dringend gebotenen Abschöpfung von Verbrechensgewinnen eine bundesweite Spitzenstellung. Mit steigender Tendenz werden Millionenbeträge sichergestellt und an die Geschädigten bzw. an die Staatskasse übertragen. Diesen erfolgreichen Weg werden wir weiter ausbauen.

Wir treten weiterhin für die Überwachung von Verbrecherwohnungen durch die Polizei mit den modernsten Mitteln der Technik ein. Die Durchführung anlass- und ereignisunabhängiger Kontrollen hat sich als erfolgreiches Instrument zur Verbrechensbekämpfung erwiesen: zahlreiche Straftäter konnten gefasst sowie Diebesgut, Waffen und Drogen in großer Zahl beschlagnahmt werden. Deshalb werden wir diese Kontrollen beibehalten. Die Überwachung belebter öffentlicher Straßen und Plätze mit Videokameras werden wir zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger an Orten vornehmen, wo häufig Straftaten verübt werden und das Sicherheitsgefühl leidet.

Wir werden Initiativen zur weiteren Verbesserung der grenzüberschreitenden und internationalen Zusammenarbeit zur Verbrechensbekämpfung ergreifen; den Ausbau von Europol werden wir aktiv unterstützen und mit unseren Nachbarländern Frankreich und der Schweiz Gespräche über die Einrichtung jeweils binational

besetzter Fahndungs- und Ermittlungseinheiten führen. Wir wollen die Kompetenz der Polizei im Ermittlungsverfahren weiter stärken und dazu auch einen elektronischen Datenverbund zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft schaffen.

Engagierte und hochmotivierte Polizeibeamte und Polizeibedienstete sind Voraussetzung für eine effektive Verbrechensbekämpfung; deshalb arbeiten wir weiter dafür, die Besoldungsstruktur bei der Polizei zu verbessern. Wir erfüllen unsere Versprechen. Wir werden bis 2004 die Stellen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes auf 50 Prozent, bis 2005 die Stellen des höheren Polizeivollzugsdienstes auf zwei Prozent steigern und bis 2006 die vollständige Durchschlüsselung der Stellen des gehobenen Dienstes und der A 14-Stellen im höheren Dienst vornehmen. Wir setzen uns weiter mit Nachdruck dafür ein, die bundesrechtlich vorgegebenen Stellenobergrenzen zu verändern, um im Land die Stellenstruktur im mittleren Dienst nochmals zu verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass die Dienststellen für Polizistinnen und Polizisten im Erziehungsurlaub einen weiteren personellen Ausgleich erhalten.

Wir haben in der Legislaturperiode von 1996 bis 2001 insbesondere mit dem Technikzukunftsprogramm einen Schwerpunkt bei der technischen Ausstattung der Polizei gesetzt. Die Schwerpunktaufgabe für die neue Legislaturperiode liegt in der Verbesserung der polizeilichen Präsenz. Wir werden alle vorhandenen Ressourcen ausschöpfen, um die für die Sicherheitsinteressen der Bürger gebotene polizeiliche Präsenz zu sichern und im Laufe der Legislaturperiode auch neue Stellen schaffen. Die Ausstattung der Polizei mit den modernen Mitteln der Medien- und Kommunikationstechnologien wollen wir weiter intensivieren.

Wir werden unsere Anti-Drogen-Politik in Baden-Württemberg konsequent fortsetzen. Wir werden Drogenabhängigen auch künftig durch Beratung, Angebote zum Entzug sowie Therapie- und Rehabilitationsmaßnahmen helfen, von ihrer Sucht loszukommen. Methadon darf nur unter strenger ärztlicher Kontrolle abgegeben werden. Eine staatliche Abgabe von Heroin, die Einrichtung von Fixerräumen und die Freigabe oder den Verkauf von Haschisch in Apotheken lehnen wir weiterhin ab. Der Aufklärung junger Menschen über die Folgen des Konsums von Drogen, insbesondere auch von Ecstasy und anderen Designerdrogen, räumen wir einen

hohen Stellenwert ein. Drogenhändler werden wir mit aller Härte des Gesetzes verfolgen.

Radikale und Extremisten dürfen keine Chance haben in unserem Land. Wir werden jeder Form des Radikalismus von links oder rechts mit Entschiedenheit und allen rechtsstaatlich gebotenen Mitteln entgegentreten und unsere Demokratie gegen extremistische Bestrebungen und Terrorismus schützen. Wir werden das Landesamt für Verfassungsschutz bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe weiterhin unterstützen; seine Abschaffung oder drastische Verkleinerung wie in anderen Ländern geschehen kommen für uns nicht infrage. Gewalt gegen Ausländer und andere Minderheiten werden wir weiterhin unnachsichtig verfolgen. Wir lehnen jede Form der politischen Zusammenarbeit mit Parteien aus dem radikalen oder extremistischen Spektrum ab und fordern alle demokratischen Parteien auf, dies ebenfalls und überall in Deutschland zu tun.

Wir wollen den Schutz und die Betreuung von Kriminalitätsoptionen verbessern und das Risiko, Opfer eines Verbrechens zu werden, reduzieren helfen. Hierzu setzen wir einerseits auf Aufklärung und Prävention sowie andererseits unter anderem auf die verbesserte Berücksichtigung der Opferbelange in Ermittlungsverfahren und die nachsorgende Betreuung von Opfern. Die Rechte der Opfer im Verfahren gegen jugendliche und heranwachsende Täter müssen verbessert werden. Dem Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Rückfalltätern dient es auch, künftig die nachträgliche Sicherungsverwahrung von Tätern gesetzlich zu ermöglichen, von denen mit großer Sicherheit bei einer Freilassung aus der Haft Gefahren zum Beispiel für das Leben oder die sexuelle Selbstbestimmung anderer Menschen ausgehen.

Kriminelle müssen konsequent verfolgt, gestellt, überführt und schnell und ihrer Tat angemessen verurteilt werden. Bei Wiederholungstätern ist dabei besonders auf ein Strafmaß mit vorbeugender Wirkung zu achten. Strafverfahren müssen, wo immer möglich, weiter beschleunigt werden. Kriminelle Ausländer werden im Rahmen der geltenden Gesetze unverzüglich des Landes verwiesen; wir treten für eine Herabsetzung des dafür gesetzlich geforderten Gesamtstrafrahmens ein. Wir werden nicht zulassen, dass ausländische Extremisten ihre Auseinandersetzungen in unserem Land austragen.

Innere Sicherheit gibt es nicht ohne die Wahrung des Rechtsbewusstseins der Menschen. Deshalb wird es mit uns eine "Entkriminalisierung" so genannter Bagatelldelikte wie Ladendiebstahl, Schwarzfahren oder dem Besitz kleiner Mengen an Rauschgift nicht geben. Wir werden das Gewaltmonopol des Staates wahren und gegen jeden Versuch verteidigen, es zu untergraben.

Strafrechtlich auffällige Intensivtäter zwischen 18 und 21 Jahren sollen künftig in der Regel nach dem Erwachsenenstrafrecht abgeurteilt werden. Wir wollen die Möglichkeiten für Präventions- und Sanktionsmaßnahmen gegenüber Intensivtätern im Kindes- und Jugendalter ausweiten. Vorrang haben dabei die Vorbeugung und die Verhinderung von Rückfällen. Deshalb werden wir im Rahmen der neuen "Zukunftsoffensive Junge Generation" ein Betreuungskonzept für straffällig gewordene Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren aufstellen. In besonders schweren Fällen muss jedoch auch die Möglichkeit einer sicheren geschlossenen Unterbringung gewährleistet sein.

Die von der Bundesregierung eingeleitete Justizreform lehnen wir ab. Wir wenden uns insbesondere dagegen, an Gerichten in erster Instanz nur noch einen Richter entscheiden zu lassen und das Berufungsrecht darauf zu beschränken, in zweiter Instanz lediglich Rechtsfehler zu überprüfen. Weitergehende Hafterleichterungen für Straftäter als die bisher gesetzlich zugelassenen lehnen wir ebenso ab.

Wir unterstützen die mehr als 100.000 haupt- und ehrenamtlichen Helfer der Feuerwehren und der verschiedenen Organisationen des Katastrophenschutzes, die landesweit bis in die kleinste Gemeinde häufig unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit Menschen retten und Schadensereignisse vom Feuer bis zum Hochwasser bekämpfen. Wir wehren uns gegen die Praxis der Bundesregierung, die Einsatzgelder dieser ehrenamtlichen Helfer als Erschwernis mit Steuern und Abgaben zu belegen. Gleichzeitig erkennen wir die erfolgreiche Initiative der baden-württembergischen Landesregierung an, die eine Abschaffung der Feuerschutzsteuer verhindert hat. Zu dem begrüßen wir, dass die Landesregierung unter Ministerpräsident Erwin Teufel das Feuerschutzsteueraufkommen nicht nur zu 100% für die Feuerwehren verwendet hat, sondern darüber hinaus zusätzliches Geld aus

Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt hat. Wir wollen angesichts steigender Einsatzzahlen und Herausforderungen die Ausrüstung der Feuerwehren auf einem modernen Stand halten.

8. Ein Land, in dem es sich zu leben lohnt

Baden-Württemberg ist ein Stück Lebensqualität. Es lohnt sich, hier zu leben und zu arbeiten. Umwelt- und Naturschutz haben in Baden-Württemberg einen hohen Stellenwert. Unsere gewachsenen und gepflegten Kulturlandschaften laden zur Erholung ein. Unsere Gemeinden bieten ein attraktives Umfeld zum Wohnen und Arbeiten. Eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur kommt den Bürgern sowie der heimischen Wirtschaft gleichermaßen zugute. Darauf bauen wir auf. Wir wollen auch in Zukunft ein Land sein, das für die Menschen, die hier leben, und die, die unser Land besuchen, gleichermaßen attraktiv ist.

Lebensqualität vor Ort - Politik für Städte und Gemeinden

Gut leben heißt vor allem dort gut leben, wo man wohnt, arbeitet und einen Großteil seiner freien Zeit verbringt: in den Gemeinden und Städten unseres Landes. Bei uns in Baden-Württemberg ergänzen sich Stadt und Land; wie in keinem anderen Land sonst verfügen wir über weitgehend gleichwertige Lebensverhältnisse. Das nutzt allen Bürgerinnen und Bürgern. Heimat bewahren und sich dennoch den Veränderungen in der Welt stellen - wir in Baden-Württemberg geben ein Beispiel dafür, dass beides möglich ist. Bei uns ist die Tradition nicht Opfer des Fortschritts geworden, sondern der Fortschritt hat bei uns Tradition, und zwar in allen Regionen des Landes.

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich konsequent für den Erhalt der föderalistischen Ordnung ein. Die Selbstverwaltung der Kommunen, die Eigenständigkeit der Länder und die Eigenart und Vielfalt der Regionen in einem zusammenwachsenden Europa müssen erhalten bleiben.

Wir werden unsere Städte und Gemeinden dabei unterstützen, ihre Selbstverwaltung im Bereich der Daseinsvorsorge auch unter geänderten europäischen Vorzeichen zu

erhalten. Wir werden darüber hinaus die Kommunen belastende Standards weiter abbauen und den Städten und Gemeinden mehr Handlungsspielräume zu eigener Entscheidung eröffnen. Wir treten für den Erhalt der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen und den Erhalt der mittelstands- und kundennahen Landesbank, Sparkassen sowie der Genossenschaftsbanken ein. Wir wollen die Wahlfreiheit der Kunden erhalten.

Ebenso treten wir für die Versorgung der älteren, nicht mehr mobilen Bürger mit den Gütern des täglichen Bedarfs in Wohnsitznähe ein.

Den Bau von Wohnungen werden wir auch künftig mit finanziellen Mitteln unterstützen. Die Schaffung von Wohneigentum für breite Schichten der Bevölkerung wird dabei unser Schwerpunkt bleiben. Das Landeswohnungsbauprogramm werden wir verstetigen und dabei auch neue Akzente setzen, indem wir die Modernisierung und die Bestandssanierung noch stärker als bisher ins Blickfeld rücken. Das Altbaumodernisierungsprogramm werden wir fortschreiben.

Wir fordern den Bund auf, die Rahmenbedingungen insbesondere für den privaten Wohnungsbau in Deutschland wieder deutlich zu verbessern. Das Mietrecht soll einen fairen Interessenausgleich zwischen Mietern und Vermietern gewährleisten und muss so gestaltet sein, dass der Bau von Mietwohnungen attraktiv bleibt.

Die Schaffung von Wohneigentum ist für uns ein wichtiger Baustein der privaten Altersvorsorge. Sie muss vom Bund entschlossen gefördert werden und gleichberechtigt neben anderen Anlageformen stehen.

Das „Betreute Wohnen“ muss für die ältere Generation weiter entwickelt werden.

Wir werden die Lebensqualität in den Städten und im ländlichen Raum auch in Zukunft durch Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft, der Infrastruktur, des Vereins- und Kulturlebens, des Fremdenverkehrs und des Umweltschutzes gewährleisten. Wir wollen das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land in Baden-Württemberg dauerhaft erhalten und absichern. Die Menschen hier im Land sollen sich zu Hause fühlen. Urlauber und Kurgäste sind uns herzlich willkommen. Die bewährten Förderprogramme für den ländlichen Raum wie das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum werden wir fortführen und weiterentwickeln.

Wir brauchen eine lebensfähige Landwirtschaft

Die CDU Baden-Württemberg wird den Bäuerinnen und Bauern im Land weiter ein verlässlicher Partner sein. Sie erzeugen gesunde und hochwertige Nahrungsmittel, sie sichern unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Sie erhalten Landschaft, Umwelt und Lebensqualität im ländlichen Raum. Diese Leistungen können wir nicht importieren. Deshalb braucht die Landwirtschaft Unterstützung.

Die rot-grüne Bundesregierung hat den Landwirten seit ihrer Amtsübernahme mit Abstand Einkommensverluste zugemutet wie sonst keiner anderen Berufsgruppe. Die Einbußen treffen alle Betriebsgrößen, Betriebsformen und Regionen. Wir haben im Land leider nicht annähernd die Möglichkeiten dazu, dies alles auszugleichen. Deshalb fordern die CDU Baden-Württemberg vom Bund mit Nachdruck, die Kahlschlagpolitik gegen die Landwirtschaft zu beenden.

Wir werden im Land auch in Zukunft alles dafür tun, um unseren bäuerlichen Betrieben eine gesicherte Existenz zu bieten und sie im europäischen Wettbewerb zu stärken. Die Bäuerinnen und Bauern in Baden-Württemberg haben sich immer wieder rasch auf neue Entwicklungen eingestellt und mit einem enormen persönlichen und zeitlichen Einsatz um den Erhalt und die Weiterentwicklung ihrer Höfe gekämpft. Die Leistungen, die sie dabei erbracht haben und weiter erbringen, sind nicht nur ihren Betrieben zugute gekommen. Die gesamte Gesellschaft hat davon profitiert.

Wir wollen deshalb unsere bewährte integrierte und nachhaltige Agrar- und Strukturpolitik für den ländlichen Raum fortsetzen. Der Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich Baden-Württemberg (MEKA), die Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO), die Ausgleichzulage für benachteiligte Gebiete sowie die einzelbetriebliche Investitionsförderung werden dabei auch in Zukunft die tragenden Säulen sein. Zu den unverzichtbaren Leistungen der Landwirtschaft zählt die Pflege und Gestaltung der Landschaft, die als Kultur- und Erholungsraum für die gesamte Bevölkerung dient. Diese Leistungen brauchen eine eigene Entlohnung. Unsere Politik "Leistung für Gegenleistung" ist deshalb keine Subventionierung,

sondern der faire Ausgleich für die Erfüllung wichtiger Aufgaben, die im Interesse aller Menschen in Baden-Württemberg liegen.

Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft und ihre Vermarktungseinrichtungen erhalten, weil sie der Inbegriff von gesellschaftlicher Selbständigkeit und Eigenverantwortung sind. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich für die gute Erschließung regionaler Märkte mit kundenorientierter Ausrichtung der Erzeugung und Vermarktung ein. Das hohe Qualitätsniveau der Nahrungsmittel in Baden-Württemberg muss sichergestellt bleiben. Die umfassenden vorbeugenden Maßnahmen und strengen Kontrollen der baden-württembergischen Lebensmittelüberwachung werden wir beibehalten und im Sinne eines umfassenden Verbraucherschutzes verstärken. Beispielsweise werden alle Maßnahmen ergriffen zur Eindämmung der BSE-Erkrankung von Rindern (strenge Überwachung der Futtermittel, BSE-Schnelltests nach jeder Schlachtung usw.); eine Auszeichnungspflicht soll lückenlos die Herkunft des dem Verbraucher angebotenen Fleisches sowie bei anderen Nahrungsmitteln alle verwendeten Zutaten offenlegen. Wir werden uns engagiert für den Erhalt des Herkunfts- und Qualitätszeichens Baden-Württemberg einsetzen: Unsere heimischen Lebensmittel sind gesund und gut; die Verbraucher sollen das erkennen können und wissen.

Die CDU Baden-Württemberg erkennt die Leistungen der Landwirtschaft für den Umweltschutz und die Landschaftspflege ausdrücklich an. Wir treten weiter dafür ein, dass unsere Landwirte besonders sensible Landschaftsbereiche über den Vertragsnaturschutz auf freiwilliger Basis pflegen. Wir stehen hinter dem aus EU- und Landesmitteln finanzierten Ausgleich nach den Landschaftspflegerichtlinien und dem MEKA-Programm. Landwirtschaftliche Betriebe sind nur dann auf Dauer in der Lage, Naturschutzflächen durch zielgerichtete und nachhaltige Bewirtschaftung zu pflegen, wenn sie auf einer soliden wirtschaftlichen Basis stehen.

Wir werden das EU-Programm Natura 2000 in unserem Land unseren Verpflichtungen gemäß umsetzen - aber mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie. Landwirtschaft und Naturschutz sind in Baden-Württemberg keine Gegensätze, sondern gehören zusammen.

Wir werden auch in Zukunft den Einsatz nachwachsender Rohstoffe fördern. Sie ermöglichen der Landwirtschaft die Erschließung einer zusätzlichen Einkommensquelle und leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Schonung von Ressourcen.

Zentrales Anliegen unserer Forstpolitik ist die Erhaltung des gesamten Leistungsspektrums der Wald- und Forstwirtschaft. Wir werden sie auch in Zukunft unterstützen. Waldpflege und Holzverwertung sind für uns Voraussetzung für eine sachgerechte, naturnahe Waldbewirtschaftung.

Lebendige Natur, saubere Umwelt

Wir wollen die Schöpfung bewahren. Umwelt und Natur sind ein hohes Gut, das wir für nachkommende Generationen erhalten müssen. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich deshalb für eine umweltgerechte Entwicklung ein, die den Bedürfnissen der heute lebenden Generationen entspricht, ohne die Lebensbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden. Baden-Württemberg hat deshalb als erstes Bundesland einen Umweltplan erstellt. Wir werden die in dem Plan genannten Maßnahmen Zug um Zug umsetzen. Wir setzen dabei nicht vorrangig auf ordnungsrechtliche Vorgaben, sondern vor allem auf eigenverantwortliches Handeln: Umweltschutz geht alle an.

Auf Grundlage der Lokalen Agenda 21 werden wir den Kommunen auch künftig den Rahmen für freiwillige Aktivitäten bieten und die Städte und Gemeinden bei konkreten Projekten methodisch und finanziell unterstützen.

Das Öko-Audit ist für uns ein wichtiger Eckpfeiler, weil es zu einer kontinuierlichen Verbesserung der Umweltsituation beiträgt und auch wirtschaftliche Vorteile bieten kann. Wir werden das Öko-Audit auch in geeigneten staatlichen Einrichtungen einführen und seine Wirkung dadurch verstärken, dass wir für öko-auditierte Einrichtungen spürbare Erleichterungen bei Genehmigungsverfahren, Überwachungsmaßnahmen und durch den Wegfall von Berichtspflichten einführen werden.

Wir wollen die starke Stellung unseres Landes in der Umwelttechnik weiter ausbauen. Damit leisten wir einen Beitrag zur Lösung der weltweiten Umweltprobleme und zeigen gleichzeitig den wirtschaftlichen Nutzen einer sinnvollen Umweltpolitik auf.

Wir werden alle notwendigen Maßnahmen treffen, damit die Ablagerung von unbehandelten Abfällen auf Deponien spätestens zum Ende des Jahres 2005 beendet wird.

Wir werden darauf hinwirken, dass der Eintrag von Schadstoffen in Gewässer weiterhin vermindert wird und die Oberflächengewässer in ihrem natürlichen Zustand bleiben oder in diesen zurückversetzt werden. Mit einem Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz wollen wir ergänzend zum Bundes-Bodenschutzgesetz die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um Flächenverbrauch, Schadstoffeinträge, Erosion und fortdauernde Verdichtung zu reduzieren.

Wir wollen die Lärmbelastung durch einen integrierten Ansatz, der alle maßgeblichen Lärmquellen umfasst, entscheidend verringern.

Die weitergehende Senkung des Kraftstoffverbrauchs, weitere Maßnahmen zur Senkung der Fahrzeugemissionen und den Kauf umweltfreundlicherer Fahrzeuge wollen wir mit zusätzlichen Anreizen anstoßen. Um die energiebedingten Umweltbelastungen weiter zu mindern und den Klimaschutz ökonomie- und beschäftigungsverträglich voranzubringen, wollen wir die Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energien verstärkt fördern. Mit einem wettbewerblichen marktkonformen Förderprogramm sollen sie an die Marktfähigkeit herangeführt werden.

Die Energieversorgung des Landes muss auf hohem Niveau gesichert bleiben. Deshalb wollen wir den vorhandenen "Energie-Mix", das Nebeneinander verschiedener Energieträger, erhalten. Die bestehende Energieversorgung ist dafür die Basis. Den von der Bundesregierung den Energieversorgungsunternehmen aufgezwungenen Ausstieg aus der Kernenergie lehnen wir ab. Es handelt sich um Hochtechnologie und 60 Prozent unseres Stroms besteht aus Kernenergie. Es ist ein Ausstieg, der ohne Konzept der Bundesregierung zum Einstieg in eine für die

Zukunft gesicherte Energieversorgung vollzogen werden soll. Er führt dazu, dass Erträge aus dem Verkauf von Strom aus Kernenergie entfallen, die für die Forschung, Entwicklung und Anwendung umweltfreundlicher, erneuerbarer Energieträger genutzt werden könnten. Es macht keinen Sinn, sichere Kraftwerke in Deutschland stillzulegen, um hinterher Strom aus weniger sicheren Kraftwerken im Ausland zu beziehen. Der Ausstieg ist - auch im Zusammenhang mit der weiteren Subventionierung der Kohle - umwelt- und Klimaschutzpolitisch falsch; er gefährdet zudem viele Arbeitsplätze in unserem Land in einer Technologie, die weltweit stark nachgefragt ist. Wir werden uns mit Nachdruck für einen effektiven Klimaschutz engagieren. Daher setzen wir uns ein für eine schnelle Umsetzung der Verpflichtungen, die im Rahmen des Rio-Prozesses eingegangen worden sind.

Verkehrspolitik, die uns voranbringt

Die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die Fahrt zum Arbeitsplatz, die Begegnung mit Menschen, die anderswo wohnen, und das Bedürfnis nach persönlicher Bewegungsfreiheit gehören zum Alltag der Menschen; ohne Verkehr wäre das nicht möglich. Wir wollen die Mobilität der Menschen fördern, damit sie auch in Zukunft zusammenkommen und sich begegnen können. Der Erhalt der Wirtschaftskraft des Landes und der Bewegungsfreiheit der Menschen ist wichtigste Grundlage der Verkehrspolitik der CDU Baden-Württemberg.

Wir leben im Automobilland Baden-Württemberg, in dem etwa jeder sechste Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Fahrzeugbau abhängt. Das Auto wird auch in Zukunft das wichtigste Verkehrsmittel für die Menschen bleiben. Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zum Automobil, denn es ist ein Stück gelebter Freiheit. Wir wollen, dass das umweltfreundliche Auto der Zukunft in Baden-Württemberg und nicht anderswo gebaut wird. Anstatt den Autofahrern mit Tempolimits, Fahrverboten und einem überbordenden Überwachungsapparat die Freude am Fahren zu vermiesen, setzen wir darauf, das Auto mit modernster Technik umweltfreundlicher zu machen: wiederverwertbare Teile, sparsamere Motoren, neue Antriebstechniken und verbesserte Katalysatoren tragen dazu bei.

Wir fördern die Telematik. Mit ihrem weiteren Ausbau werden mehr intelligente Verkehrsleitsysteme möglich, die den Menschen Zeit und Energie sparen helfen. Wir fördern die Entwicklung der Brennstoffzelle als Motorenantrieb, weil sie eine umweltverträgliche, viel versprechende Alternative zu benzinverbrauchenden Motoren ist. Das Brennstoffzellenauto wird aus Baden-Württemberg kommen.

Die CDU Baden-Württemberg fordert mit Nachdruck die Rücknahme der sogenannten Öko-Steuer. Die Autofahrer sind nicht die Melkkuh der Nation. Besonders sozial Schwache, die über kein eigenes steuer- und abgabepflichtiges Einkommen verfügen, werden durch die Öko-Steuer abkassiert. Die Umwelt profitiert von der Öko-Steuer nicht, weil zum Beispiel Unternehmensbranchen mit hohem Energieverbrauch nur wenig zusätzlich belastet werden, dagegen aber alle, die auf ihr Auto angewiesen sind und ihre Wohnung heizen, müssen genauso zur Kasse

gebeten werden wie die umweltfreundlichen Verkehrsträger Bus und Bahn. Deswegen sagen wir: Weg mit der Ökosteuer!

Der Ausbau und Erhalt unseres Straßennetzes ist uns wichtig. Wir haben deshalb in der Vergangenheit nachhaltig in den Ausbau und Neubau unserer Landesstraßen investiert. Das Sonderprogramm für den Landesstraßenbau wollen wir fortführen und die Investitionsmittel werden wir verstetigen. Die Erhaltungsmittel werden wir erhöhen.

Die Ausgabenkürzungen der rot-grünen Bundesregierung für den Straßenbau bringen unser Land an den Rand des Verkehrskollaps; Sonderprogramme des Bundes helfen Baden-Württemberg nur ganz unzureichend weiter. Wir fordern vom Bund deshalb mit allem Nachdruck eine spürbare und dauerhafte Verbesserung der Finanzierung des Fernstraßenbaus ein. Wir schlagen zudem vor, dass die geplante Lkw-Gebühr in vollem Umfang für den Ausbau von Straße und Schiene genutzt wird. Die Verteilung der Mittel zwischen den neuen und den alten Ländern muss auf den Prüfstand gestellt werden: Investitionen sind dort am notwendigsten, wo der meiste Verkehr fließt, die Aufnahmefähigkeit der Verkehrsträger praktisch erschöpft ist und die Staus immer häufiger werden. Eine Umschichtung soll schrittweise erfolgen, und sie muss verbindlich und absehbar sein.

Wir werden die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf Schiene oder Wasserstraße auch zukünftig nach Kräften fördern. Wir sehen Straße und Schiene nicht im Gegensatz zueinander, sondern als wichtige, sich jeweils ergänzende Verkehrsträger. Die Zunahme des Verkehrs kann nicht durch Verkehrsverbote, sondern nur durch einen umweltgerechten Ausbau der vorhandenen Verkehrsträger bewältigt werden. Deshalb wollen wir auch das Schienennetz modernisieren und ausbauen und die Verknüpfung der internationalen Hochgeschwindigkeitsnetze weiter vorantreiben. Wir werden alles dafür tun, dass Stuttgart 21 kommt, die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm verwirklicht wird und Mannheim als zweitgrößter ICE-Knotenpunkt in Deutschland erhalten bleibt. Für die Hinhaltenpolitik und Verzögerungspolitik des Bundes bei diesen für das ganze Land wichtigen Projekten haben wir nicht das geringste Verständnis. Wir treten dafür ein, den Nord- und den Südast des TGV-Est gleichgewichtig voranzubringen (Anbindungen Metz –

Saarbrücken - Mannheim sowie Straßburg – Kehl – Appenweier - Karlsruhe). Ebenso fordern wir den zeitgerechten Ausbau der Rheintalschiene und der Südbahn (Ulm, Friedrichshafen, Lindau) ein. Wir setzen uns mit Entschiedenheit für den Erhalt der Interregio-Strecken im Land ein. Um die angesprochene Verknüpfung von Straße und Schiene zu verbessern, sind regionale Güterverkehrszentren an geeigneten Stellen einzurichten oder auszubauen. Den Schienenpersonennahverkehr werden wir weiter optimieren und den Integralen Taktfahrplan ausbauen. Den öffentlichen Personennahverkehr werden wir weiter fördern und im Land flächendeckend Verkehrskooperationen organisieren. Wir treten für den Erhalt des steuerlichen Querverbundes ein. Dazu gehört neben der besseren Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger wie Bus und Bahn auch die Übertragung des Baden-Württemberg-Tickets auf alle Verkehrsverbände im Land.

Mit dem Neubau eines dritten Terminals und einem neuen Luftfrachtzentrum am Landesflughafen Stuttgart sowie dem bedarfsgerechten Ausbau der Regionalflughäfen und regional bedeutsamer Verkehrslandeplätze sorgen wir dafür, dass Baden-Württemberg auch per Flugzeug gut erreichbar bleibt. Wir unterstützen die Bemühungen auf europäischer Ebene, die weltweiten Lärm- und Emissionsstandards bei Luftfahrzeugen zu verbessern.

Des Weiteren fordern wir die Bundesregierung auf, in den Staatsverhandlungen mit der Schweiz auf eine gerechte Verteilung der Belastungen im Anflug auf den Flughafen Zürich hinzuwirken. Wir werden nicht weiter hinnehmen, dass 95% der Landesanflüge von Norden über die Kreise Waldshut und Schwarzwald-Baar erfolgen, um die Bewohner von Zürich zu schonen.

Verwaltung ist Bürgerservice

Der Staat ist für seine Bürgerinnen und Bürger da. Wir wenden uns gegen überzogene Ansprüche, die einzelne und manche Interessengruppen an den Staat richten; für uns ist der Staat mit seinen Verwaltungseinrichtungen vor allem ein Dienstleister für die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger. Um diese Aufgabe wirksam wahrnehmen zu können, muss sich der Staat auf den Kernbereich seiner Zuständigkeiten beschränken. Der Staat sollte nicht alles machen, was er kann,

sondern vor allem das können, was er machen muss. Dazu ist eine moderne, technisch gut ausgestattete Verwaltung mit qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern notwendig.

Deshalb werden wir die Reform der Verwaltung in Baden-Württemberg Zug um Zug fortsetzen und die in den vergangenen Jahren erreichten Erfolge beim Abbau von Bürokratie und der Übernahme von in der Privatwirtschaft erfolgreichen Modellen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit weiterführen.

Wir wollen mehr Bürgerservice im Netz und arbeiten dafür, dass die Verwaltungsdienstleistungen des Landes Zug um Zug online angeboten werden. Das spart den Menschen Wege und Zeit. Wir wollen im Bereich der elektronischen Bürgerdienste den besten Standard setzen und umsetzen.

9. Soziales Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist ein Land des Miteinanders und des sozialen Ausgleichs. Die Menschen hier bei uns haben sich ihren Gemeinschaftssinn und ihr Gerechtigkeitsempfinden bewahrt; wir in Baden-Württemberg halten zusammen. Konflikte und Interessengegensätze gibt es bei uns wie anderswo auch. Aber wir in Baden-Württemberg haben es immer wieder verstanden, sie gemeinsam und zum Wohle unseres Landes zu lösen.

Bei uns hat jeder seinen Platz: Alte wie Junge, Gesunde, Behinderte und Kranke, Familien und allein Erziehende, Arbeitnehmer und Unternehmer. Wir grenzen niemanden aus. Aber wir fordern von allen im Interesse des Allgemeinwohls, den Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten, den sie zu leisten in der Lage sind und die Hilfe der Gemeinschaft nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn sie sich nicht selbst helfen können. Die CDU versteht sich als Partei der Subsidiarität. Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe, wir wollen, dass die Menschen solidarisch untereinander sind. Beides gehört zusammen. Die christliche Soziallehre und die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft weisen uns dabei den Weg. Wir wollen einen Sozialstaat, dessen Anspruch und Reichweite sich nicht darin erschöpfen, Geld zu verteilen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen, Gruppen und Generationen Rücksicht

aufeinander nehmen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle gebraucht werden. Jeder hat das Recht auf eine Aufgabe.

Jung und Alt sind nur gemeinsam stark

Das solidarische Zusammenleben der jüngeren und der älteren Generation ist der baden-württembergischen CDU ein besonderes Anliegen. Alter ist kein Verdienst, Jugend auch nicht. Wer versucht, Jung und Alt gegeneinander auszuspielen, schadet dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Zum Miteinander der Generationen gibt es keine vernünftige Alternative. Junge und alte Menschen müssen unbefangen und in gegenseitiger Wertschätzung miteinander umgehen. Nur gemeinsam machen die Kraft der jungen Menschen und die Lebenserfahrung der Älteren unsere Gesellschaft stark und stabil.

Wir bejahen den Generationenvertrag und befürworten deshalb eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, die älteren Menschen ihren Lebensabend sichert, ohne die junge Generation über Gebühr zu belasten. Wir setzen uns dafür ein, zusätzlich zur umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung neue Elemente der kapitalgedeckten Altersvorsorge zu nutzen. Dabei soll es den Menschen freigestellt sein, in welcher Form sie zusätzlich für ihr Alter vorsorgen. Generationengerechtigkeit braucht Familiengerechtigkeit: Wer Kinder erzogen hat, darf im Alter nicht benachteiligt werden sondern muss dafür einen Bonus erhalten. Eine Grundrente, die viele langjährige Beitragszahler in die Rentenversicherung mit anderen gleichstellen würde, die nie einen Pfennig eingezahlt haben, lehnen wir mit Nachdruck ab. Wir wollen keine Einheitsrente. Wir wollen eine gerechte Rente für die Frauen und wir werden keine neue Altersarmut zulassen.

Ältere Menschen haben ihren festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft; sie dürfen nicht an den Rand gedrängt werden. Viele von ihnen haben ein hartes Arbeitsleben hinter sich und mussten schwere Schicksalsschläge auf sich nehmen, zum Beispiel als Kriegsoffer, Heimatvertriebene oder Flüchtlinge. Sie haben am Aufbau unseres Landes großen Anteil: Dafür sind wir ihnen dankbar. Wir wollen, dass alte Menschen ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt gestalten können. Ihre Erfahrungen wollen wir für die gesamte Gesellschaft nutzen und ihnen

deshalb weitere Möglichkeiten zum bürgerschaftlichen Engagement eröffnen. Vor allem muss die ältere Generation an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden.

Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung älterer Menschen, auch und gerade auf dem Arbeitsmarkt. Auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind zur Leistung fähig und zur Leistung bereit. Sie müssen durch verbesserte Angebote zur Fort- und Weiterbildung in die Lage versetzt werden, mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt Schritt zu halten und neue, zusätzliche Qualifikationen zu erwerben. Hierbei sehen wir die Tarifpartner in einer besonderen Verpflichtung. Baden-Württemberg ist sich seiner Verantwortung als Arbeitgeber gegenüber seinen Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst bewußt. Niemand darf wegen seines Alters aus einem Beschäftigungsverhältnis herausgedrängt werden. Wir unterstützen die bisherigen Möglichkeiten von einem gleitenden Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand.

Wir wollen, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung selbständig leben können. Deshalb kommt für uns geriatrische Reha vor Pflege. Wir werden deshalb den begonnenen Ausbau der ambulanten Reha weiter fortsetzen. Wir werden das vorhandene Netz an Hilfsdiensten für ältere Menschen entsprechend des Landespflegeplanes bedarfsgerecht weiterentwickeln. Wir werden sicherstellen, dass Pflegebedürftige gut versorgt und betreut werden. Die dazu notwendige Beratung wollen wir dadurch verbessern, dass wir Beratungsleistungen konzentrieren und so zusätzliche Beratungsmöglichkeiten schaffen. Die Beratung soll möglichst Trägerunabhängig sein. Wir unterstützen Bemühungen, die das Miteinander von jungen und alten Menschen fördern, zum Beispiel in den Vereinen, in Wohnanlagen und Wohnsiedlungen und in Mehrgenerationenfamilien.

Wir fördern die Seniorenvertretungen in Städten und Kreisen und damit das bürgerschaftliche Engagement der älteren Generation.

Probleme, die verschiedene Generationen gemeinsam betreffen, sollen möglichst einvernehmlich gelöst werden. Deshalb wollen wir das Instrument der Generationenbilanzen versuchsweise einsetzen, um Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie Nutzen und Lasten notwendiger Reformen und Entscheidungen von

Älteren und Jüngeren so gemeinsam getragen werden können, dass keine Generation übervorteilt wird.

Wir setzen auf die leistungsbereite, aufgeschlossene und optimistische junge Generation in Baden-Württemberg. Wir bauen auf ihr Engagement und ihren Willen, ihre Zukunftschancen zu nutzen und damit auch unser Land weiter nach vorn zu bringen. "Null Bock auf Zukunft" ist mega-out in Baden-Württemberg. Bei uns haben junge Menschen alle Chancen, aus ihrem Leben etwas zu machen. Wir wollen ihre Entwicklung zu Persönlichkeiten stützen, sie vor Gefährdungen schützen und ihr Engagement für das Gemeinwohl vertiefen. Wir sagen den jungen Menschen: Ihr werdet gebraucht, und ihr könnt viel für euch und andere tun. Wir wollen, dass junge Menschen mitmachen in Gesellschaft und Politik. Deshalb haben wir die Jugendgemeinderäte in der Gemeindeordnung verankert. Wir fordern Städte und Gemeinden auf, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, Jugendgemeinderäte einzurichten. Eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre lehnen wir ab; gleiche Rechte und Pflichten sollen grundsätzlich mit dem Erreichen der Volljährigkeit verwirklicht sein.

Die baden-württembergische CDU setzt sich für die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen sowie den Vereinen und der Wirtschaft ein. Wir befürworten die Stärkung der Jugendarbeit durch verbesserte Qualifikation der Jugendleiter und -betreuer und die besondere Unterstützung der Jugendarbeit in den Aufgabenfeldern Medien, Umwelt und soziales Engagement. Mentorenprogramme, in denen Jugendliche eigene Verantwortung übernehmen, werden wir weiterhin besonders fördern. Den Ausbau des Jugendnetzes Baden-Württemberg wollen wir ebenso wie Investitionen in Jugendgruppenräume aus der neuen "Zukunftsoffensive Junge Generation" heraus unterstützen.

Wir sehen die vom Ehrenamt getragene Jugendverbandsarbeit und offene Jugendarbeit als große Hilfe, die das Heranwachsen junger Menschen erfolgreich unterstützen. Für junge Menschen, die in den Vereinen, Parteien und anderen gemeinnützigen Organisationen tätig sind, wollen wir als zusätzliche Form der Anerkennung ihrer Leistungen einen Landesjugendleiterpass einführen. Er soll zu

verbilligtem Eintritt in öffentliche Einrichtungen wie Schlösser, Museen usw. berechtigen. Wir werden bei privaten Anbietern von Erholungs- und Freizeiteinrichtungen dafür werben, ebenfalls Vergünstigungen für Inhaber des Passes zu gewähren. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, jungen Menschen schon ab 16 Jahren die Möglichkeit der Absolvierung eines Freiwilligen Sozialen Jahres und schon ab 15 Jahren eines Freiwilligen Ökologischen Jahres zu ermöglichen.

Vorfahrt für Familien, faire Partnerschaft zwischen Männern und Frauen

Baden-Württemberg ist Familienland; nirgendwo sonst in Deutschland wachsen so viele Kinder in Familien auf wie in Baden-Württemberg. Die Familie ist und bleibt unersetzbar; nur mit den Familien ist eine menschliche Gesellschaft zu halten. Wir fordern den Bund auf, das Kindergeld auf 400 DM pro Kind und Monat zu erhöhen und das Bundeserziehungsgeld auf drei Jahre ausdehnen. Die Familien stehen im Mittelpunkt unserer Gesellschaftspolitik. Wir wollen ein kinderfreundliches Land und eine kinderfreundliche Gesellschaft, denn Kinder sind das Beste, was wir haben.

Die Familien und die Anforderungen, die an sie gestellt werden, verändern sich zwar ständig, aber das Zusammengehörigkeitsgefühl in den Familien bleibt bestehen. Auch heute wünscht sich eine übergroße Mehrheit der jungen Menschen, einmal eine Familie zu gründen und Kinder zu haben. Familien haben Zukunft und sie brauchen Zukunft, denn die Erziehung von Kindern ist mindestens so wichtig wie die Arbeit im Büro oder in der Fabrik. Deshalb unterstützt die CDU Baden-Württemberg die Familien. Wir setzen uns für die gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit ein. Die Fürsorge für Kinder, ihre Pflege und Erziehung nutzen der gesamten Gesellschaft. Unsere Familienpolitik verstehen wir immer auch als Beitrag zum Schutz ungeborener Kinder. Unser Ziel bleibt die nachhaltige Verringerung der Abtreibungen in unserem Land. Dafür werden wir werben.

Die Einkommen der Familien müssen Schritt halten mit der allgemeinen Einkommensentwicklung. Es darf nicht sein, dass es zum Armutsrisiko wird, Kinder zu haben und großzuziehen. Deshalb hat sich die CDU Baden-Württemberg immer für die Verbesserung der Lage der Familien eingesetzt. Erziehungsgeld,

Erziehungsurlaub, die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung, mehr Urlaub für die Pflege kranker Kinder, der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz - all dies sind konkrete Ergebnisse christlich-demokratischer Familienpolitik. Als eines von wenigen Ländern in Deutschland zahlt Baden-Württemberg ein einkommensabhängiges Landeserziehungsgeld; die dafür gültigen Einkommensgrenzen wurden heraufgesetzt, ebenso der Zahlbetrag für dritte und weitere Kinder ab dem Geburtsjahr 2001 auf 600 DM im Monat erhöht. Betriebskindergärten, deren Einrichtung wir fördern wollen, sind ein geeignetes Mittel um den sich wandelnden Arbeitszeiten gerecht zu werden.

Wir fordern den Bund auf, das Bundeserziehungsgeld auf drei Jahre auszudehnen. Die CDU Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, in diesem Fall die beim Landeserziehungsgeld eingesparte Summe in voller Höhe für die Förderung der Familien einzusetzen, insbesondere für Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Langfristig streben wir an, das heutige System aus Familienleistungsausgleich und Bundeserziehungsgeld zu einem Familiengeld weiterzuentwickeln.

Eltern sind die Menschen, die ihren Kindern am nächsten stehen. Wir setzen uns deshalb ebenso dafür ein, dass die Erziehung der Kinder nicht nur oder vorwiegend von öffentlichen Einrichtungen, sondern wo immer möglich und gewünscht von den Eltern wahrgenommen werden kann. Frauen und Männer, die sich vorwiegend der Erziehung ihrer Kinder widmen und dafür zumindest phasenweise auf Erwerbsarbeit verzichten, verdienen dieselbe Anerkennung wie Eltern, die einer Erwerbsarbeit nachgehen. Wir halten es für falsch, berufstätige Frauen oder Männer und Hausfrauen oder -männer gegeneinander auszuspielen. Die Eltern sollen entscheiden, welche Form der Erziehung für ihre Kinder am besten ist; dies ist nicht Sache staatlicher Stellen oder politischer Bevormundung.

Wir wollen den Eltern, insbesondere auch allein erziehenden Frauen und Männern, dabei helfen, dass sie ihre Vorstellungen verwirklichen können. Deshalb setzen wir uns auch für den weiteren Ausbau flexibler und verlässlicher Öffnungszeiten der Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie eines Ferienservices ein. Die Einführung der verlässlichen Grundschule ist vor diesem Hintergrund ein richtiger

und wichtiger Schritt. Die Betreuungsangebote in den Kindergärten werden wir auf einem hohen Niveau halten.

Wir werden im Interesse der allein Erziehenden das bundesweit vorbildliche Modellprogramm "Mutter und Kind" beibehalten. Das Programm soll in „Alleinerziehende“ umbenannt werden. Weitere Leistungen für Familien wie den Landesfamilienpass werden wir ebenfalls fortführen. Mit der Weiterführung des Reihenhausprogramms und der Initiative "Innerstädtisches und stadtnahes Wohnen" werden wir auch künftig tausenden von jungen Familien mit Kindern und einem geringen Einkommen den Schritt in die eigenen vier Wände ermöglichen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich Frauen und Männer ihre Aufgaben partnerschaftlich und fair teilen. Das schließt mit ein, dass mehr Männer als bisher bereit sind, mehr Verantwortung in ihren Familien für die Erziehung ihrer Kinder zu übernehmen. Familienarbeit ist auch Männersache; Kinder brauchen ihren Vater genauso wie ihre Mutter.

Wir arbeiten dafür, dass Frauen auch tatsächlich gleiche Chancen zur Einstellung und zum Aufstieg im Beruf haben wie Männer. Wir wollen im gesamten Wirtschaftsleben die Möglichkeiten für Frauen und Männer verbessern, nach einer Familienphase wieder eine qualifizierte Erwerbsarbeit aufzunehmen und durch Weiterbildung und Beratung Benachteiligungen abzubauen. Wir fordern die Tarifpartner auf, mit flexibleren Formen der Arbeit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Telearbeit und Teilzeitarbeit zum Beispiel bieten bisher nicht genügend genutzte Chancen.

Wir lehnen es jedoch ab, mit immer neuen bürokratischen und in den Betrieben nur schwerlich umsetzbaren Vorschriften Gleichstellungspolitik zu machen, die letztendlich die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verschlechtern. Wir wollen aber für das Land und die Kommune die Umsetzung der europäischen Anforderungen (Gender Mainstreaming) gewährleisten und in der Handhabung erleichtern. Wir setzen auf eine immer bessere Ausbildung, die Frauen den Zugang zu immer besseren Berufschancen eröffnen. Hierauf wollen wir unsere Anstrengungen auch in Zukunft konzentrieren. Bildung und Ausbildung schaffen

Qualifikation, Qualifikation schafft bessere Chancen für den Einstieg, Aufstieg und Wiedereinstieg im Beruf. Das ist allemal wirksamer als es bürokratische Zwangsmaßnahmen je sein könnten.

Wir schreiben niemand vor, wie er leben soll. Die CDU Baden-Württemberg respektiert deshalb gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Mit privatrechtlichen Regelungen und Vereinbarungen ist es möglich, Benachteiligungen im Alltag abzubauen. Die "eingetragene Lebenspartnerschaft" als Rechtsinstitut mit eheähnlichen Wirkungen lehnen wir ab. Der im Grundgesetz verbrieft besondere staatliche Schutz von Ehe und Familie darf nicht aufgeweicht werden. Deshalb sind wir auch gegen steuerliche Vergünstigungen für gleichgeschlechtliche Paare und die beitragsfreie Mitversicherung nichterwerbstätiger gleichgeschlechtlicher Partner in der Kranken- und Pflegeversicherung.

Kranke, Behinderte und sozial Schwache brauchen Hilfe und Solidarität

Kein Mensch ist vor schweren Schicksalsschlägen letztendlich gefeit. Jeder Mensch kann leichter oder schwerer erkranken, jeder Mensch kann von heute auf morgen von einer Behinderung getroffen sein, jeder Mensch unterliegt dem Risiko, seine Erwerbsarbeit zu verlieren und sich nicht mehr selbst ernähren zu können. Jeder Mensch muss damit rechnen, früher oder später einmal auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen zu sein. Jeder Mensch sollte deshalb auch bereit sein zur Solidarität mit denen, die diese Hilfe jetzt brauchen. Menschenwürdiges Leben und Zusammenleben ist in einer arbeitsteiligen, leistungsorientierten Industrie- und Wissensgesellschaft ohne sozialen Ausgleich nicht denkbar. Deshalb fordert christlich-demokratische Sozialpolitik die Leistung der Starken auch, damit den Schwachen geholfen werden kann. Eigenverantwortung für sich selbst und Mitverantwortung für andere sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Wir wollen die Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg auf dem erreichten hohen Niveau erhalten und ihre Qualität effizient und stetig verbessern. Jeder Patient, ob in der Stadt oder auf dem Land, soll auch künftig eine gleichwertige medizinische Grundversorgung in erreichbarer Nähe erhalten. Die Inanspruchnahme von notwendigen medizinischen Leistungen darf nicht zu einem finanziellen Risiko

oder einer unzumutbaren finanziellen Belastung kranker Menschen werden. Budgetierungen, die zur Einschränkung notwendiger medizinischer Leistungen führen können, lehnen wir ab. Beitragszahler in den Krankenversicherungen sollen in Zukunft mehr Möglichkeiten zur Auswahl dessen haben, was sie absichern wollen und was nicht. Einfaches, Zumutbares können wir selbst leisten. Kostspieliges und Wichtiges muss weiterhin von der Solidargemeinschaft abgesichert werden.

Bestrebungen des Bundes, den Ländern die Handlungsspielräume in der Krankenhausplanung einzuschränken oder ihnen sogar die Zuständigkeit dafür zu entziehen, lehnen wir mit Entschiedenheit ab. Wir wollen eine ausgewogene Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen auch im ländlichen Raum.

Wir sehen ein modernes Gesundheitswesen nicht nur als Kostenverursacher. Das Gesundheitswesen hat großes wirtschaftliches Gewicht, es sichert viele Arbeitsplätze und ist ein Wachstumsmarkt mit Zukunft. Wir wollen, dass unser Land an diesem Wachstumsmarkt teilhat. Baden-Württemberg hat mit seinen Bäder- und Kureinrichtungen, seinen Schwerpunkten in der Medizintechnik und Pharmazie sowie seiner medizinischen Spitzenforschung alle Voraussetzungen, ganz vorne dabei zu sein. Wir wollen dazu neue Wege beschreiten und mit dem im Jahr 2000 gegründeten „Gesundheitsforum Baden-Württemberg“ alle Akteure im Gesundheitswesen von der Gesundheitsindustrie bis zur Ärzteschaft, von den Krankenkassen bis zu allen Gesundheitsdienstleistern an einen Tisch bringen, um so dazu beizutragen, alle Entwicklungschancen dieses oft unterschätzten Wirtschaftsbereichs zu erschließen. Damit sich das Land national und international als innovativ-dynamischer Standort für Gesundheitswirtschaft präsentiert, wollen wir das vorhandene wirtschaftliche Potential bündeln und eine Plattform schaffen, um Innovation und Synergien zu fördern. Mit der Überwindung historisch bedingter Abgrenzungen zwischen den Branchen soll das Gesundheitsforum dazu beitragen, Baden-Württemberg als herausragenden Gesundheitsstandort in Deutschland und auch weltweit weiter voranzubringen, zukunftssichere Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen sowie neue High-Tech-Produkte und Dienstleistungen zu fördern. Auch deshalb setzen wir in der neuen „Zukunftsoffensive Junge Generation“ einen besonderen Investitionsschwerpunkt in den Lebenswissenschaften.

Behinderte gehören nicht an den Rand, sondern in die Mitte der Gesellschaft. Noch zu oft werden sie ausgegrenzt, ihre Begabungen und Fähigkeiten unterschätzt. Wir nehmen das Benachteiligungsverbot für Behinderte im Grundgesetz ernst und werden uns dafür einsetzen, dass es im Lebensalltag verwirklicht wird. Die Schaffung behindertengerechter Einrichtungen werden wir weiter unterstützen.

Das Berufsbild der Altenpflegekräfte wird aufgewertet. Für die Altenpflegeausbildung werden die benötigten Mittel bereitgestellt.

In der ambulanten Familienpflege, in der Nachbarschaftshilfe und im Hospizdienst wird in unserem Land Herausragendes geleistet. Die flächendeckende Familienpflege, die beispielsweise von Katholischen Sozialstationen getragen wird, soll einen Ausgleichsbetrag für die Grundsicherung bekommen. Der Hospizdienst soll gefördert werden. Auch im Hinblick auf den Fortbestand der Nachbarschaftshilfe treten wir für die Änderung der 630-Mark-Regelung ein.

Die Sozialhilfe ist ein unentbehrlicher Bestandteil der sozialen Sicherung. Sie tritt dort ein, wo andere Formen der sozialen Sicherung Schicksalsfälle des Lebens nicht abdecken können. Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Durch die Pauschalierung von Leistungen der Sozialhilfe haben wir ein Instrument geschaffen, das es den Trägern der Sozialhilfe ermöglicht, mit einem weniger bürokratischen Verfahren die Bedürfnisse der Hilfsempfänger zu berücksichtigen.

Für die CDU Baden-Württemberg gilt der Grundsatz: Wer die Hilfe der Gemeinschaft beansprucht, muss auch bereit sein, nach seinen Möglichkeiten der Gemeinschaft dafür etwas zurückzugeben. Deshalb unterstützen wir die Kommunen dabei, Bezieher von Sozialhilfe zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen, sofern diese gesundheitlich und von ihren Lebensumständen her dazu in der Lage sind. Vorrangiges Ziel muss es dabei sein, die betroffenen Menschen wieder in reguläre Arbeitsverhältnisse zu vermitteln bzw. die Chancen hierfür zu verbessern. Das in Baden-Württemberg erstmalig erprobte Modell des Einstiegsgelds für langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger hat positive Ergebnisse gebracht. Wir werden es fortführen und mit der flächendeckenden Einführung in Zusammenarbeit mit den Sozialhilfeträgern beginnen.

Die beiden steuerfinanzierten Systeme der Sozial- und Arbeitslosenhilfe sollen bei den Kommunen zu einem Leistungssystem zusammengeführt werden. Der Bund muss allerdings den Kommunen die Aufwendung für die bisherigen Arbeitslosenhilfe erstatten.

Die Arbeitsmarktsituation in Baden-Württemberg ist sehr gut; wir haben nahezu Vollbeschäftigung. Dennoch verkennt die CDU Baden-Württemberg nicht, dass es auch bei uns benachteiligte Gruppen gibt, die auf dem Arbeitsmarkt Probleme haben und der Hilfe bedürfen. Deshalb werden wir das Programm "Jugend-Arbeit-Zukunft" und das Langzeitarbeitslosenprogramm des Landes fortführen.

Wir werden den Missbrauch von Sozialleistungen weiterhin bekämpfen, denn jede Mark, die dort ankommt, wo sie gar nicht gebraucht wird, fehlt anderen Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, oder für andere wichtige Aufgaben.

10. Miteinander leben - menschlich und gerecht

Viele Menschen fragen sich, ob der Zusammenhalt unserer Gesellschaft auch in Zukunft gewahrt bleiben wird. Sie machen sich Sorgen, dass - auch angesichts eines verschärften weltweiten Wettbewerbs - der Gemeinsinn abnimmt, die Menschen rücksichtsloser und egoistischer werden und das soziale Klima in unserer Gesellschaft kälter wird. Diese Sorgen müssen ernst genommen werden, in der Politik und allen Teilbereichen unserer Gesellschaft. Aber sie sind kein Anlass für Pessimismus, denn die Menschen selber haben es in der Hand, ihr Zusammengehörigkeitsgefühl zu bewahren, den Gemeinsinn zu stärken und ein gutes Miteinander zu verwirklichen.

Jeder Mensch ist auf Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angelegt und angewiesen. Die Freiheit des Einzelnen verwirklicht und bewährt sich in der Zuwendung zum Nächsten und in der Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens. Das bedeutet, dass der Einzelne Verantwortung für sich und seine Mitmenschen tragen muss. Wir können den einzelnen Menschen diese Verantwortung nicht abnehmen. Aber wir können und wollen uns als Christliche Demokraten dafür einsetzen, die Institutionen, Organisationen und Einrichtungen zu stärken und zu fördern, die sich in verschiedenster Weise für die Stärkung des

Miteinanders und des Gemeinsinns in unserer Gesellschaft und insbesondere in Baden-Württemberg einsetzen.

Wir treten dafür ein, dass die Kirchen ihren seelsorgerischen und sozialen Aufgaben auch in Zukunft nachkommen können. Sie geben vielen Menschen Halt und der Gesellschaft Orientierung. Die Kirchen und die Arbeit der ihnen zugehörigen und nahestehenden karitativen Organisationen wie zum Beispiel Diakonie und Caritas sind für ein menschliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft unverzichtbar.

Für eine aktive Bürgergesellschaft

Wir wollen eine aktive Bürgergesellschaft, eine Gesellschaft, in der sich die Bürger nicht als Zuschauer oder Statisten, sondern als Menschen verstehen, die Einfluss nehmen können auf den Lauf der Dinge in Gesellschaft und Politik. Engagement verdient Ermutigung und Unterstützung, Anerkennung und Respekt. Der ehrenamtliche Einsatz für Belange der Gemeinschaft in Vereinen, Kirchen, politischen Parteien, Bürgerinitiativen, Beiräten und vielen anderen Organisationen ist unverzichtbarer Bestandteil einer solidarischen, freiheitlichen Gesellschaft. Dieser Einsatz ist unbezahlt, aber er ist vor allem unbezahlbar. Ohne ihn wäre unsere Gesellschaft ärmer, und viele wichtige Aufgaben könnten nicht erledigt werden.

Deshalb unterstützt die CDU Baden-Württemberg aus voller Überzeugung die Arbeit dieser Organisationen in unserem Land. Sie sind durch nichts zu ersetzen. Wir wollen sie weiterhin nach Kräften fördern und treten für die weitere Aufwertung des Ehrenamts ein. Qualifikationen, die im Ehrenamt erworben werden, müssen auch in Beruf und Weiterbildung verstärkt anerkannt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit von Übungs- und Chorleitern sowie vergleichbare Tätigkeiten in den Vereinen im Rahmen geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse grundsätzlich von der Sozialversicherungspflicht wieder ausgenommen werden.

Sport ist Trumpf in Baden-Württemberg. Sport fördert die Gesundheit, den Gedanken des fairen Wettbewerbs, die Begegnung zwischen Menschen und Völkern und den Zusammenhalt in unserem Land. Wir werden den Sport deshalb in allen Bereichen weiter gezielt unterstützen, um das qualitativ hohe Niveau in Baden-Württemberg zu

halten. Der Schulsport, das Kooperationsprogramm "Schule/Verein", der Behindertensport, der Freizeit- und Breitensport sowie der Leistungssport stehen dabei gemeinsam im Mittelpunkt. Für Investitionen in überregional bedeutsame Sportstätten werden wir zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Die CDU-geführte Landesregierung wird eine Olympiabewerbung Stuttgarts mit Austragungsstätten im ganzen Land Baden-Württemberg nachdrücklich unterstützen.

Die Pflege von Brauchtum und Traditionen, die Bewahrung unserer Heimat, ihrer Schönheiten und ihrer Geschichte haben in Baden-Württemberg einen hohen Stellenwert. Wir wollen ihn erhalten, gerade auch für die nachkommenden Generationen.

Die CDU Baden-Württemberg versteht sich als Partner der bei uns lebenden Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler. Sie gehören zu unserem Land und sie haben viel geleistet. Dafür sind wir ihnen dankbar. Wir treten dafür ein, dass die Erinnerung an die Vertreibung in der Bevölkerung erhalten bleibt und auch an unseren Schulen vermittelt wird. Wir unterstützen den Vorschlag, in Berlin ein Zentrum gegen Vertreibungen einzurichten.

Land der kulturellen und künstlerischen Vielfalt

Kunst und Kultur haben ein breites Fundament in Baden-Württemberg und sind Kennzeichen der Vielfalt und der Kreativität in unserem Land. Musikschulen, Jugendkunstschulen, Theater und Museen, Orchester und Chöre, Kulturvereine, die Aktivitäten der Jugendverbände, etablierte und alternative Kunst sind Ausdruck einer lebendigen Kulturlandschaft in unserem Land. Wir werden sie weiter fördern und dafür werben, auch Mittel Privater für ihre Unterstützung zu gewinnen. Stiftungen und Mäzene tragen dazu in besonderer Weise bei und verdienen dafür öffentliche Anerkennung. Wir wollen das vorhandene Angebot an kulturellen Einrichtungen erhalten und die Förderung von Kunst und Kultur verstetigen. Hochwertige Kultur- und Baudenkmäler werden wir durch gezielte Förderung vor dem Verfall bewahren und für die Nachwelt erhalten.

Kunst und Kultur dürfen nicht allein den Gesetzen des Marktes unterworfen werden; ihre Freiheit muss bewahrt bleiben. Wir wollen das Interesse insbesondere junger Menschen an Kunst und Kultur, an Musik und Literatur wecken, fördern und erhalten. Die Förderung der Jugendkunst- und Jugendmusikschulen werden wir wie auch die Kulturarbeit an Schülertheatern sowie die Leseförderung an Schulen und in öffentlichen Institutionen gewährleisten. Wir setzen uns für die Beibehaltung der Preisbindung im Buchhandel ein, damit nicht wesentliche und unverzichtbare Bestandteile unserer literarischen Kultur für künftige Generationen verlorengehen. Musische Fächer werden wir auch künftig in allen Schularten von Stundenkürzungen ausnehmen. Das hochwertige Studienangebot an Kunst- und Musikschulen, Akademien und Universitäten werden wir erhalten.

Der Reichtum unseres Landes bemisst sich nicht allein in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Auch unsere Kulturschätze und -einrichtungen machen uns reicher, als Land und als Menschen. Die hohe Qualität unserer Theater, Opern, Orchester, kulturellen Zentren und Museen ist selbst im internationalen Vergleich beispielhaft. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, das erreichte hohe Niveau dauerhaft zu sichern.

Integration ausländischer Mitbürger fördern und fordern - Zuwanderung vernünftig steuern und begrenzen

Wir wollen ein gutes Miteinander und freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschen und ausländischen Mitbürgern. Wir wenden uns gegen Diskriminierung, Rassenhass und Gewalt. Wir fördern und fordern die Integration ausländischer Mitbürger gleichermaßen. Besonders wichtig ist dabei die Beherrschung der deutschen Sprache; sie ist der Schlüssel zur Eröffnung von Chancen in Bildung und Beruf und damit zu einer erfolgreichen Integration in unsere Gesellschaft. Deshalb halten wir es für richtig, dass Ausländer, die dauerhaft nach Deutschland kommen, einen Integrationskurs besuchen, der ihnen ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung vermittelt; entsprechende Möglichkeiten zur Aneignung der notwendigen Kenntnisse müssen im Interesse einer gelingenden Integration geschaffen werden. Wir wollen einen zusätzlichen Anreiz zum Erlernen der deutschen Sprache schaffen, indem wir den bereits hier lebenden

Ausländern, die Sprach- und Integrationskurse erfolgreich absolviert haben, schneller einen zeitlich unbegrenzten Aufenthalt oder eine schnellere Einbürgerung ermöglichen. Mit dem Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft muss grundsätzlich die vorherige Staatsbürgerschaft abgelegt werden.

Wir erwarten die Anerkennung unserer Verfassung und der ihr zugrundeliegenden Werte von allen, die auf Dauer bei uns leben wollen. Die Orientierung an der Deutschen Leitkultur ist für uns nicht, wie fälschlicherweise behauptet wird, Ausdruck der Diskriminierung anderer Kulturen, sondern die Grundlage für ein gutes Miteinander von Deutschen und Zuwanderern im Rahmen der für unsere Gesellschaft verbindlichen Werte und Normen auf der Basis des Grundgesetzes. Wir sind für Integration und gegen Parallelgesellschaften, wir sind für Miteinander statt Nebeneinander.

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich für eine Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland aus, die sich vorrangig an den Menschenrechten und den Interessen unseres Landes orientieren muss. Wir befürworten den Zuzug von ausländischen Fachkräften, wenn ein entsprechender Bedarf einheimischer Unternehmen nicht mit Arbeitskräften aus Deutschland bzw. der EU erfüllt werden kann. Grundsätzlich aber müssen die Qualifizierung, Vermittlung und Beschäftigung von einheimischen Arbeitnehmern Vorrang vor weiterem Zuzug haben. Arbeitsmarktpolitischen Bedürfnissen mittelständischer Unternehmen muss bei der Interessensabwägung ein besonderes Gewicht zukommen.

Tatsächlich politisch Verfolgte müssen auch in Zukunft Asyl in Deutschland erhalten. Dazu stehen wir ohne jede Einschränkung. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene mit Nachdruck voranzutreiben. Dazu muss das Asylrecht im Grundgesetz geändert und neu gestaltet werden. Die Lasten von Asylsuchenden sowie Bürgerkriegs- und Kriegsflüchtlingen müssen auf alle EU-Länder gerecht verteilt werden. Abgelehnte Asylbewerber und andere ausreisepflichtige Ausländer müssen konsequent und zügig abgeschoben werden, wenn nicht nachweisbare humanitäre Gründe ihren Schutz durch ein vorläufiges Bleiberecht erfordern. Da Baden-Württemberg in den zurückliegenden Jahren von allen Bundesländern mit Abstand die meisten ausreisepflichtigen

Ausländer in ihre Heimat zurückgeführt hat, werden wir diesen richtigen und erfolgreichen Kurs konsequent fortsetzen. Wir fordern darüber hinaus die Bundesregierung auf, das rechtliche Instrumentarium zur Aufenthaltsbeendigung weiter zu verbessern. Dieses Anliegen muss bei der Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung berücksichtigt werden.

Für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge gilt: Sie müssen in ihre Herkunftsregionen zurückkehren, wenn der Grund für ihre Flucht nicht mehr besteht. Auch hier sind Ausnahmen nur in eng begrenzten humanitären Fällen möglich. Bei Darlegung berechtigter Arbeitgeberinteressen werden bestehende Arbeitsverhältnisse bei der Bestimmung der Ausreisefrist angemessen und flexibel berücksichtigt.

Es dürfen möglichst wenige Anreize bestehen, aus wirtschaftlichen Gründen in Deutschland um Asyl nachzusuchen. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, die für Asylbewerber geringeren Sozialhilfeleistungen im Vergleich zu einheimischen Hilfeempfängern wieder einzuführen. Wir treten Bestrebungen der Bundesregierung entgegen, das Arbeitsverbot für Asylbewerber aufzuheben oder stark zu lockern.

Baden-Württemberg ist unsere Heimat, Europa unsere Zukunft

Baden-Württemberg ist europäische Kernregion. Als Nachbarland Frankreichs und der Schweiz und als Partner vieler europäischer Regionen pflegen wir unsere Kontakte in ganz Europa. Das Entscheidende dabei sind die menschlichen Begegnungen - sie haben es möglich gemacht, begleitet von einer weitsichtigen proeuropäischen Politik seit Konrad Adenauer, dass zwischen den demokratischen Staaten Europas dauerhaft Frieden herrscht. Auch wirtschaftlich hat uns die Europäische Union viele Vorteile gebracht und zu unserem Wohlstand entscheidend beigetragen. Deshalb bekennt sich die CDU Baden-Württemberg zur europäischen Einigung. Wir wollen sie fortsetzen.

Die Fähigkeit des Landes Baden-Württemberg zur breiten Beobachtung und zur rechtzeitigen und gezielten Einflussnahme auf europäische Angelegenheiten ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Ein guter Teil der

bundesdeutschen Gesetzgebung und der Gesetzgebung des Landes wird inzwischen von der Europäischen Union geprägt. Wir wollen deshalb als Bundesland die europäischen Angelegenheiten gleichberechtigt neben denen des Bundes behandeln. Daher werden wir vorhandene Strukturen bündeln, bestehende Entscheidungsprozeduren straffen um weitere personelle und sachliche Ressourcen zu bilden. In einem integrativen Ansatz wird so die Europafähigkeit des Landes gezielt ausgebaut. In einer über die Landesverwaltung hinausgehenden, breit angelegten Initiative, die alle gesellschaftlichen Handlungsbereiche umfaßt, stellen wir uns aktiv den europäischen Herausforderungen.

Wir befürworten die Osterweiterung der Europäischen Union und den Beitritt neuer Mitgliedsländer in den kommenden Jahren, wenn diese die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen dafür erfüllen. Für uns ist dies die geschichtliche Chance, all das, was wir in der Partnerschaft mit den europäischen Ländern im Westen, Norden und Süden erreicht haben, auch gemeinsam mit Osteuropa zu erreichen: Frieden, Versöhnung, gute Zusammenarbeit, Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung im gegenseitigen Interesse und vor allem vielfältige Kontakte zwischen den Menschen. Wir nehmen aber auch die Sorgen ernst, die viele mit Blick auf die Osterweiterung haben; der EU-Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten muss durch lange Übergangsfristen für die Freizügigkeit sozialverträglich gestaltet werden.

Wir wollen einen Europäischen Verfassungsvertrag, der für die Europäische Union die Grundrechte aller Bürger festschreibt und die Zuständigkeiten von EU, Nationalstaaten und Ländern klar regelt und sauber voneinander abgrenzt. Europa muss von den Menschen verstanden, die Entscheidungen auf europäischer Ebene müssen nachvollzogen werden können. Wir wollen Einheit, wo nötig, und Vielfalt wo immer möglich. Für uns gilt: Entscheidungen, die im Land oder im Bund sachgerecht getroffen werden können, dürfen nicht auf die europäische Ebene gezogen werden. Die demokratischen Institutionen und Entscheidungsabläufe müssen so nahe wie möglich bei den Menschen sein.

Auch deshalb engagiert sich Baden-Württemberg in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und schließt sich mit anderen europäischen Regionen zusammen: Im Oberrheinrat, am Bodensee, im Ausschuss der Regionen und gemeinsam mit der

Lombardei, Katalonien und der Region Rhone-Alpes im Rahmen der "Vier Motoren für Europa". Dieses Engagement werden wir fortsetzen und in der Europäischen Union dafür eintreten, die Bedeutung der europäischen Regionen und damit des Föderalismus zu stärken sowie die Spielräume zur Verwirklichung grenzüberschreitender Projekte zu erweitern. Europas Einigung ist für uns nicht nur eine Frage der Vernunft und des gegenseitigen wirtschaftlichen Vorteils, sondern auch eine Herzensangelegenheit. Wir wollen das europäische Haus gemeinsam mit den Menschen weiterbauen.